

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

14. Sitzung
4. Juni 2018

Beginn: 11.33 Uhr
Schluss: 13.43 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Lage und Perspektiven des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0033](#)
BuergEnPart

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.04.2018

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Aktiv in Berlin – Landesnetzwerk Bürgerengagement in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0038](#)
BuergEnPart

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berliner Freiwilligenbörse – Erfahrungen der größten Engagementmesse Berlins
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0039](#)
BuergEnPart

c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Angebotsstrukturen der Arbeit der Freiwilligenagenturen, sowie deren Sicherung und Weiterentwicklung
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0040](#)
BuergEnPart

d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Aktueller Sachstand der Freiwilligendienste
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0045](#)
BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Zu den Tagesordnungspunkten 4 a) und 4 c) ist Herr Licht für die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales anwesend. Für den Tagesordnungspunkt 4 d) sind Frau Hildebrandt für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und Frau Heibel für die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz anwesend – herzlich willkommen!

Als Anzuhörende begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge Herrn Baur, Mitglied des Sprecherrats des Landesnetzwerks Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ – herzlich willkommen!

men! – sowie Frau Bikbulatova, Projektmanagerin des Projekts Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen Berlin – IKMO. Auch Sie heiße ich herzlich willkommen! Sodann begrüße ich Herrn Dr. Gollbach, Leiter der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, Herrn Prochnow, Geschäftsführer der Unionhilfswerk Soziale Dienste gGmbH und Herrn Steinke, Leiter der Freiwilligendienste Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. Herzlich willkommen!

Soll von der Anhörung ein Wortprotokoll gemacht werden? – Okay, ich sehe Nicken; dann machen wir das wie immer.

Die Begründung der Besprechungsbedarfe zu den Punkten 4 a), b) und d) übernehme ich, allerdings nicht in meiner Funktion als Ausschussvorsitzende, sondern als Abgeordnete der Koalition. Sodann würde ich der CDU die Möglichkeit geben, den Besprechungsbedarf für Punkt 4 c) zu begründen.

Wir haben, flapsig gesagt, einmal alles zusammengepackt, was strategisch und von der Arbeit her zusammen anzugucken Sinn macht. Das ist vielleicht etwas viel heute, aber es war tatsächlich so geplant, dass wir uns mal den Zusammenhang anschauen müssen und wollen, um das strategisch in den Blick zu nehmen, was zusammengehört.

Daraus erklärt sich für uns die Anhörung des Landesnetzwerks, der Freiwilligenbörse und der Freiwilligendienste. Ich glaube, sehr viel muss ich dazu gar nicht sagen. Mit der Anhörung wird es auch nicht getan sein, vielmehr werden wir den Zusammenhang sehen, der sich heute hoffentlich ergibt, und erkennen, an welchen Punkten wir in Zukunft weiter nachhaken müssen.

Jetzt gebe ich in meiner Rolle als Vorsitzende Ihnen das Wort, um für die CDU-Fraktion Ihren Besprechungspunkt zu begründen.

Stephan Standfuß (CDU): Das geht relativ schnell: Wir waren bei der Freiwilligenagentur in Lichtenberg und haben dort festgestellt, dass es eben zu vielen Themen noch Gesprächsbedarf gibt, und deswegen haben wir den Anhörungspunkt angemeldet.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Okay, vielen Dank! – Dann gebe ich den Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge das Wort. Ich würde Sie bitten, sich auf fünf Minuten zu beschränken, sonst gebe ich von hier vorne irgendwie so ein diplomatisches Zeichen. – Herr Baur, bitte!

Tobias Baur (Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“; Mitglied des Sprecherrats): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Dann legen wir mal los! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Einladung! Sie hat mich über die Humanistische Union erreicht, die Entsendeorganisation, für die ich stehe. Dort bin ich als Vertreter des Bundes- und auch des Landesvorstands für die Ressorts Soziale Grundrechte, aber auch Engagementpolitik und Partizipation verantwortlich.

Ich selbst bin Diplom-Verwaltungswissenschaftler und, das ist bereits gesagt worden, vor allem im Sprecherrat des Landesnetzwerks Bürgerengagement „aktiv in Berlin“. Seit 2011 bin ich dabei, nun in der dritten Legislaturperiode, die uns bis Ende 2020 beschäftigen wird. Wir

werden also sicherlich noch viel Gelegenheit haben, mit Ihnen in den Austausch zu treten und den Austausch fortzusetzen.

Eine kurze persönliche Bemerkung: In bald fünf Jahren, seit Einrichtung des vorangegangenen Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement, ist bereits vieles von mir angesprochen worden, unter anderem ganz zu Anfang in der Anhörung am 14. Oktober 2013 zu Handlungsbedarfen in der Engagement-Hauptstadt. Ich widerstehe der Versuchung, jetzt eine Zwischenbilanz aufzumachen. Ich denke, es ist etliches durch den Ausschuss erreicht worden. Aber es ist auch noch sehr vieles offen. Ich rege nur an, auch einmal die alten Protokolle herauszunehmen – da ist noch sehr viel Brauchbares enthalten.

TOP 4 sieht, wie gesagt worden ist, vier Unterpunkte vor. Ich werde mich auf die ersten beiden konzentrieren, vor allem zum Landesnetzwerk Bürgerengagement, und etwas weniger zur Freiwilligenbörse sagen können, die wir vom Landesnetzwerk als Kooperationspartner der Landesfreiwilligenagentur begleiten. – Zum Landesnetzwerk Bürgerengagement ganz kurz: Ihnen ist ein Steckbrief zugegangen, um ein bisschen die Namen und Daten parat zu haben. Wir sind seit dem 22. Juni 2005 als gemeinnützig anerkannt; gegründet auf Grundlage – das ist wichtig – der Berliner Charta zum Bürgerschaftliches Engagement. Dem ist ein längerer Prozess vorausgegangen: Die Charta ist damals von etwa 150 Organisationen unterzeichnet worden, und sie tatsächlich so etwas wie unser Selbstverständnis.

Zum Formalen habe ich einiges zusammengeschrieben. Es gibt seit Langem etwa um die 80 Mitgliederorganisationen, die berlinweit tätig sind, vom ADFC bis zur Volkssolidarität – in alphabetischer Reihenfolge. Vielleicht einige wenige Besonderheiten: Das Landesnetzwerk Berlin ist von unten gegründet worden, von Bürgerinnen und Bürgern, und ist nicht, wie in anderen Bundesländern, staatlich initiiert. Es gibt eine dezidiert engagementpolitische Ausrichtung des Landesnetzwerks. Unter anderem bestehen von Anfang an, schon länger als das Landesnetzwerk, die Runden Tische als Treiber der engagementpolitischen Debatte, die in Partnerschaft mit den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen durchgeführt werden und dreimal jährlich, insgesamt jetzt schon über 50 Mal, interessante, wichtige und anstehende Themen behandeln.

Eine weitere Besonderheit in Berlin ist, dass bei uns auch Wohlfahrtsverbände in der Mitgliedschaft sind. Das ist auch im Bund nicht der Fall, auch beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement nicht. Wir sind eben mit der AWO über die Freiwilligenzentren, mit dem Diakonischen Werk, mit der Caritas und anderen großen berlinweiten Trägern verbandelt und verbunden wie auch dem Humanistischen Verband – jetzt Körperschaft des öffentlichen Rechts –, den Maltesern, der Volkssolidarität oder dem Unionhilfswerk, das mit Herrn Prochnow ja auch hier vertreten ist.

Wir haben eine ganze Reihe von weiteren Netzwerken als Mitglieder, Meta-Netzwerke wie den Flüchtlingsrat, den Landesseniorenbeirat, den Landesjugendring, von dem schon die Rede war, den Landessportbund – große Organisationen mit einer Fülle weiterer Mitglieder; den Landesverband Schulischer Fördervereine finde ich besonders interessant, weil wir einen Großteil der Schulen in Berlin und Brandenburg erreichen können –, das Netzwerk Berliner Kinderpatenschaften und den Verein zur Förderung der Selbsthilfekontaktstellen.

Ich möchte mich bei Ihnen, bei den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses bedanken, denn die meisten von Ihnen sind neben dem politischen Engagement selber in einer oder mehreren unserer Mitgliedsorganisationen tätig. Vielen Dank für Ihr freiwilliges soziales Engagement! Und vielleicht noch eine Bitte, dass Sie auch in dieser Eigenschaft die Förderung rund um das organisierte Engagement weiter unterstützen können.

Die Reichweite habe ich aufgeführt; das werde ich nicht weiter ausführen. Aber zu inhaltlichen Punkten vielleicht noch ganz kurz – aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Wir hatten in der Mitgliederversammlung gesammelt, im Sprecherrat weiter verdichtet. Bei der Mitgliederversammlung selbst – heute ist sie wohl leider verhindert – war Frau Demirbüken-Wegner auch dabei. Wir haben fünf Schwerpunktbereiche aufgestellt – die Öffentlichkeitsarbeit, ganz besonders wichtig ist aber auch die Stärkung der Partizipationsprozesse. Da ist uns wichtig, die Zusammenarbeit mit der bestehenden AG Bürgergesellschaft des Senats, in der Senatsverwaltungen, aber auch die Bezirke vertreten sind, zu begleiten; das wäre unser großer Wunsch. Wir finden, dass die organisierte Zivilgesellschaft da mitreden sollte. Wir wollen uns mit anderen, vor allem auch bildungsnahen Institutionen vernetzen, und wir versuchen, an dem Prozess weiterzuarbeiten, ein Beteiligungsmodell für Zivilgesellschaft mit zu begleiten, mit zu entwickeln. Wir haben das Open-Governance-Modell oder Beteiligungsmodell genannt – was sich dahinter versteckt, kann ich ja vielleicht noch gesondert ausführen.

Wir würden uns auch vorstellen, die genannten Fördermodelle und Anerkennungsinstrumente wie Ehrenamtskarte oder Freiwilligenpass neu anzugehen, vielleicht weiterzudenken. Ich denke, dass viele Potenziale – und nicht nur ÖPNV oder ÖPV – dabei enthalten sein könnten. Wir wollen uns mit dem AK Ehrenamtskoordination des Paritätischen abstimmen und überhaupt den Austausch zwischen großen, erfahrenen und neuen, kleinen, jungen Organisationen befördern.

Demokratie ist ein wichtiger Bereich; da auch der Bereich der Bildungswirkung von Engagement. Schön wäre ein Demokratietag, wie ihn Rheinland-Pfalz seit Jahren macht. Das ist dort auf Grundlage von mehreren Bürgerkongressen entwickelt worden. Zur interkulturellen Öffnung brauche ich, glaube ich, nicht viel zu sagen; das ist ja auch schon besprochen worden.

Abschließend würde ich das Ressourcenproblem des Landesnetzwerks noch einmal ansprechen wollen. Wir finanzieren uns ausschließlich auf Grundlage der Mitgliedsbeiträge von 50 Euro pro Mitglied. Bei 80 Mitgliedern sind das 4 000 Euro. Damit kann man nicht sehr viel machen. Engagement braucht Ressourcen, Engagement braucht Infrastrukturräume – die Gewerbemieten steigen auch für Engagementorganisationen –, Kommunikationstechnik und auch Hauptamt. Die fällige Inwertsetzung des Landesnetzwerks bräuchte – das ist die Forderung, die ich hier loswerden muss – eine entsprechende institutionelle Grundlage.

Der Sprecherrat des Landesnetzwerks ist heute komplett vertreten und wird die Fachdebatte gerne weiter begleiten. Dazu laden wir Sie alle herzlich ein. Unsere Jahrestermine sind Ihnen ebenfalls zugegangen. Herzliche Einladung auch an die Runden Tische sowie die Anregung, auch jetzt, nach der Erweiterung der Datenschutzbestimmungen, Newsletter, Twitter und Co. fleißig zu verwenden! Weitere Informationen liegen draußen.

Zur Freiwilligenbörse nur zwei Sätze – Zahlen, Trends: Es waren 1 500 Gäste im laufenden Jahr, aber inzwischen weit mehr, 10 000 nämlich, Onlinebesucherinnen und -besucher. Es

waren fast 120 Organisationen vertreten, und ich denke, einhellig ist in der Szene zu bemerken, dass die Börse längst nicht nur als Engagementvermittlungsinstrument für neugierige Bürgerinnen und Bürger gesehen wird, sondern auch als Fachmesse für Engagementorganisationen und Entscheider/-innen aus Sozialorganisationen. Wir werden im Gespräch bleiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Baur! – Dann Frau Bikbulatova, bitte!

Aygul Bikbulatova (Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen Berlin – IKMO –; Projektmanagerin): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Senats! Ich begrüße Sie recht herzlich im Namen von Club Dialog! – Club Dialog ist eine der größten und ältesten Migrant*innenorganisation in Berlin; wir feiern dieses Jahr unser 30. Jubiläum, und ich vertrete hier den Bereich Bundesfreiwilligendienst. Club Dialog spezialisiert sich seit ca. sieben Jahren auf den Bereich Bundesfreiwilligendienst.

The graphic features a blue silhouette of the Berlin skyline, including the TV Tower, in the background. In the center, there is a circular logo for 'BFD BUNDESFREIWILLIGENDIENST IN BERLIN' with colorful, abstract patterns. To the right of the main logo are three smaller logos: 'DIALOG club DIALOG', 'be.m Berlin' (Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten), and 'be.m Berlin' (Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration). Below the main logo, the text 'mit Club Dialog e.V.' is written in red. At the bottom, a blue banner contains the text '14. Sitzung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation am 4.06.18' in white.

**14. Sitzung des Ausschusses für
Bürgerschaftliches Engagement und
Partizipation am 4.06.18**

Kurz zur Erinnerung: Der Bundesfreiwilligendienst ist ein Programm, in dem Freiwillige ca. ein Jahr im Dienst sind mit einer wöchentlichen Mindestbelastung von 20 Stunden. Sie erhalten dafür ein Taschengeld in Höhe von ca. 200 Euro im Monat; dabei bleibt ihnen ihr ALG-II-Anspruch erhalten. Zusätzlich profitieren sie von den kostenlosen Bildungsseminaren.



Wir haben von Anfang an viele Vorteile des Bundesfreiwilligendienstes erkannt und geschätzt, einmal die Unterstützung für das bestehende Personal – wobei viele gemeinnützige Organisationen bekanntlich ehrenamtlich getragen werden. Das sind relativ viele Arbeitsstunden Unterstützung im Vergleich zum klassischen Ehrenamt. Dadurch entsteht eine gewisse Vorhersehbarkeit der Beschäftigung für ein Jahr, auch eine gewisse Bindung von Freiwilligen durch eine Vereinbarung, und es ist eine finanzielle Anerkennung für Freiwillige möglich.



Vorteile für Vereine als Einsatzstellen:

1. Unterstützung für das bestehende (ehrenamtliche) Personal für ein Jahr lang
2. Relativ viele Arbeitsstunden Unterstützung (im Vergleich zum klassischen Ehrenamt)
3. Vorhersehbarkeit der Beschäftigung für ein Jahr. Bindung von Freiwilligen durch die Vereinbarung
4. Finanzielle Anerkennung für Freiwillige

Bundesfreiwillige profitieren von folgenden Vorteilen: Einmal sind es die Möglichkeiten der beruflichen Erfahrung in Bereichen, in denen sie teilweise auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Sie erhalten ein Zeugnis und einen Punkt im Lebenslauf. Teilweise gibt es Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung beim selben Arbeitgeber. Der BFD sieht eine gewisse Anerkennung für den Dienst als Programm vor in seiner Struktur, und Freiwillige erhalten die Möglichkeit der Weiterentwicklung sozialer und persönlicher Kompetenzen durch Bildungsseminare.



Vorteile für Bundesfreiwillige:

1. Berufliche Erfahrungen in den Bereichen, in denen sie auf dem 1. Arbeitsmarkt tlw. keine Chance haben
2. Zeugnis und Punkt im Lebenslauf
3. Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten beim selben Arbeitgeber
4. Anerkennung für den Dienst
5. Weiterentwicklung sozialer und persönlicher Kompetenzen durch Bildungsseminare

Da stellt sich die Frage: Profitieren denn die Migrant*innenorganisationen vom BFD? – Wir mussten von Anfang an einige Hürden feststellen, die den BFD gerade für diese Organisationen, aber auch für kleinere und mittlere nichtmigrantische gemeinnützige Organisationen unzugänglich machen. Einmal ist das die Verwaltungsgebühr, die meistens erhoben wird; das sind ca. 100 Euro pro Monat pro Freiwilligem. Zum Zweiten haben Einsatzstellen ziemlich viele administrative Aufgaben zu bewältigen. Zum Dritten ist der Zugang zu Plätzen eingeschränkt, und die Informationen über den BFD sind nicht ausreichend verbreitet.



Hürden im BFD

1. Einsatzstellen müssen meistens eine Verwaltungsgebühr zahlen (50-100 EUR/Monat pro Freiwilligen)
2. Einsatzstellen haben viele administrative Aufgaben
3. Zugang zu Plätzen ist eingeschränkt
4. Information über BFD ist nicht ausreichend verbreitet

Was haben wir als Club Dialog dagegen unternommen? – In den Informationsveranstaltungen und Beratungen haben wir Vereine über den BFD informiert. Wir haben ein Netzwerk „Freiwilligendienste interkulturell“ gegründet, in dem sich neun migrantische Organisationen zusammengeschlossen haben, um an den Maßnahmen zu arbeiten, die strukturellen Bedingungen des BFD zugänglicher zu machen. Auf unterschiedlichen Ebenen haben wir diese Anliegen präsentiert.



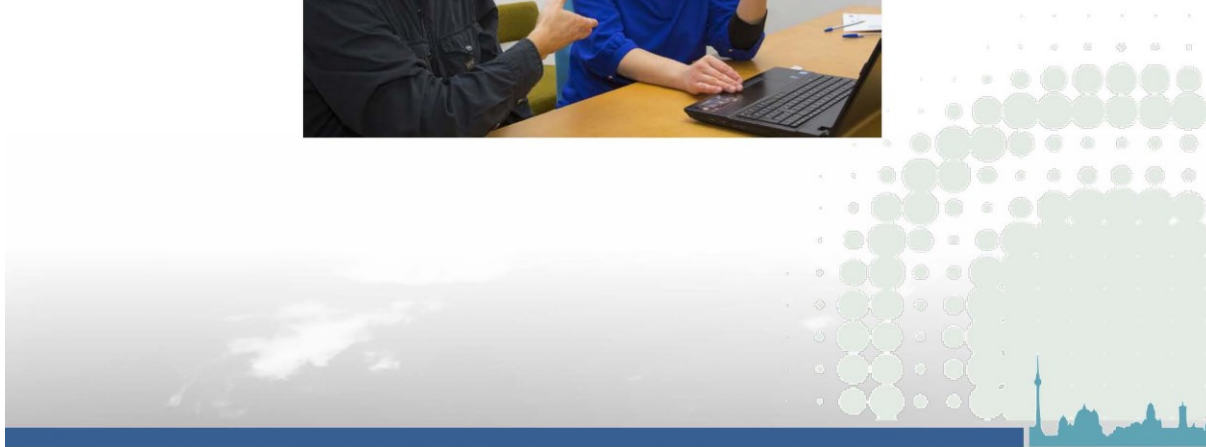
Informationsveranstaltungen zu BFD:

Bezeichnung	Inhaltliche Schwerpunkte
FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr)	Abwicklung des FSJ, pädagogische Betreuung, Seminare
BFD (Bundesfreiwilligendienst)	Abwicklung des BFD, pädagogische Betreuung, Seminare, Abrechnung
IKMO – Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant_innenorganisationen in Berlin	Beratung von MO zum BFD, Öffentlichkeitsarbeit





Beratungen zu BFD:





Netzwerk *Freiwilligendienste* *interkulturell:*





Netzwerk *Freiwilligendienste* *interkulturell:*


- **Verein iranischer Flüchtlinge e. V.**
- **Polnischer Sozialrat e. V.**
- **VIA e. V.**
- **Kurdisches Zentrum e. V.**
- **Hellenische Gemeinde e. V.**
- **Oromo Horn von Afrika Zentrum e. V.**
- **MRB e. V.**
- **Reistrommel e. V.**
- **Club Dialog e. V.**



Politische Arbeit:




Für uns war es klar: Der BFD ist ein Faktor der gesellschaftlichen Teilhabe von Vereinen, gerade von migrantischen Vereinen. Gemeinnützige Organisationen brauchen Unterstützung, Freiwillige können sie leisten, und durch zusätzliche Kapazitäten ist eine Verbesserung oder Erhöhung der Aktivität eines Vereins möglich.



Mehr Unterstützung = Mehr gesellschaftliche Teilhabe

1. Gemeinnützige Organisationen brauchen Unterstützung
2. Freiwillige können diese Unterstützung bieten
3. Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe durch zusätzliche Kapazitäten für Aktivitäten des Vereins




Der Durchbruch kam mit dem Sonderkontingent Ende 2015, als 10 000 zusätzliche Plätze extra für Organisationen finanziert wurden, die unmittelbar in der Flüchtlingshilfe aktiv waren. Darunter waren ganz, ganz viele Migrant*innenorganisationen. Zudem wollte man dabei die Möglichkeit des Einsatzes von Geflüchteten als Freiwillige schaffen.



Sonderkontingent: Ende 2015

1. 10.000 zusätzliche Plätze
2. Unterstützung für Organisationen, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind
3. Möglichkeit für Geflüchtete als Freiwillige aktiv zu werden

Es gab einige Erleichterungen im Sonderkontingent, die den Durchbruch ermöglicht haben. Einmal wurden die Plätze an Kommunen vergeben. Das ist ganz wichtig; Stichwort: Berliner Kommunalkontingent im BFD. Vor dem Sonderkontingent war die Verteilung der Plätze durch 20 Zentralstellen organisiert, und alle Zentralstellen bis auf eine haben eine Verwaltungsgebühr erheben müssen, um ihre Arbeit zu finanzieren. Das war dann eine Hürde für die Vereine.



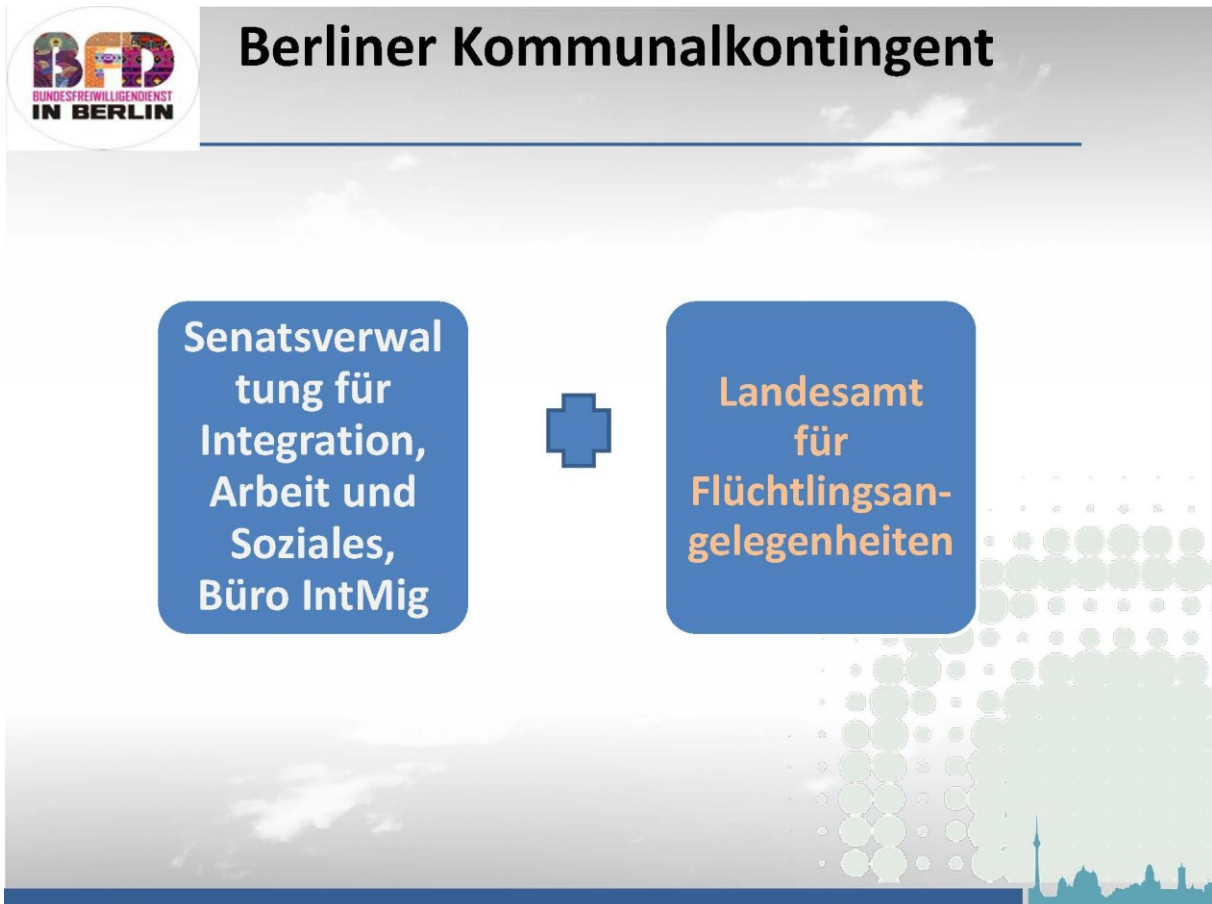
Erleichterungen im Sonderkontingent ab 2015

- Plätze auch an Kommunen (Berlin)
- Möglichkeit der Entsendung
 - Erleichterung für Vereine
- Teilzeit auch für alle Freiwillige möglich

Zum Zweiten hat man im Sonderkontingent die Möglichkeit der Entsendung geschaffen. So konnten sich kleine und mittlere Vereine, migrantische und nichtmigrantische Vereine das Anerkennungsverfahren ersparen, wenn eine Einsatzstelle, die anerkannt war, Freiwillige an diese Vereine entsandte.

Weitere Erleichterungen sind Teilzeitoptionen für alle Freiwilligen, was gerade für Geflüchtete ganz wichtig war, weil dadurch eine parallele Teilnahme an einem Deutschkurs möglich war. Aber auch für andere Freiwillige war dieser Faktor nicht unerheblich, weil dadurch auch möglich wurde, dass Freiwillige anderen Verpflichtungen nachgehen konnten, weil sie nur in Teilzeit im BFD aktiv waren.

Das Berliner Kommunalkontingent wurde auf zwei Berliner Behörden verteilt – einmal auf die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Büro des Integrationsbeauftragten, und zum Zweiten auf das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten. Wir wurden von diesen Behörden als Kooperationspartner zur Abwicklung der Projekte ausgewählt.



Nun komme ich zu den Ergebnissen der Projekte. Einmal wurden – und da sind wir ganz froh und stolz – die oben genannten Hürden in diesen beiden Projekten beseitigt. Es wurde eine kostenneutrale Teilnahme am BFD für migrantische und nichtmigrantische Organisationen ermöglicht. Der Zugang zu Plätzen war durch die Anzahl des Berliner Kommunalkontingents gesichert, und der organisatorische Aufwand wurde für Vereine minimiert, weil die kommunalen Behörden und Club Dialog den Großteil der Aufgaben übernommen haben.



Ergebnisse von 2. Projekten: Hürden sind beseitigt

- KOSTENNEUTRALE Teilnahme am BFD
- Zugang zu Plätzen ist gesichert
- Organisatorischer Aufwand minimiert:
kommunale Behörden und Club Dialog
e.V. übernehmen den Großteil von
Aufgaben

Bevor ich zu Zahlen übergehe, möchte ich Ihnen ein paar Fotos von Freiwilligen im Einsatz zeigen: Das ist ein syrischer Geflüchteter der syrischen Union.



Das ist eine syrische Journalistin im Frauenhaus als Freiwillige.



Eine türkischstämmige Freiwillige in einem Nachbarschaftstreff im Sekretariat.



Hier noch ein paar Fotos von den Seminaren an der Berliner Mauer.





Und nun kommen die Zahlen: In diesen anderthalb Jahren haben 70 Einrichtungen vom BFD in diesen beiden Projekten profitiert; 34 davon sind migrantische Organisationen. Dabei wurden 150 Vereinbarungen abgeschlossen, darunter 70 Geflüchtete und 37 Freiwillige mit Migrationshintergrund. Freiwillige kamen aus über 20 Herkunftsländern.



Ergebnisse von 2. Projekten in Zahlen (2017-2018)

- 70 Einrichtungen vom BFD profitiert (davon 34 MO)
- 150 Vereinbarungen abgeschlossen
- darunter 70 Geflüchtete und 37 Freiwillige mit Migrationshintergrund
- Freiwillige aus über 20 Herkunftsländern

Die Besonderheiten von diesen beiden Projekten waren, dass kommunale Behörden als offizielle Einsatzstellen Hand in Hand mit uns als einer Migrant*innenorganisation als Kooperationspartner gearbeitet haben, und zum Zweiten, dass sie Freiwillige an migrantische Organisationen entsandt haben, wo sie dann tatsächlich ihren Dienst abgeleistet haben.



Ergebnisse von 2. Projekten: Besonderheiten

- Kommunale Behörden als offizielle Einsatzstellen arbeiten Hand in Hand mit einer Migrant_innenorganisation als Kooperationspartner
- Kommunale Behörden als offizielle Einsatzstellen entsenden Freiwillige u.a. an Migrant_innenorganisationen als tatsächliche Einsatzorte

Noch ein paar Sätze zu den Besonderheiten der Betreuung von Freiwilligen bei Club Dialog: Wir haben Beratung, Korrespondenz und die Verständigung in den Seminaren in der Muttersprache von geflüchteten Freiwilligen ermöglicht durch Mitarbeiter, die Arabisch und Farsi sprechen. Wir haben halbtägige Nachmittagsseminare für Geflüchtete aufgelegt, damit sie ihre Deutschkurse am Vormittag problemlos besuchen können, und wir haben die Seminare und die Sonderförderung für Geflüchtete insbesondere an den Informationsbedarf dieser Zielgruppe angepasst.




Besonderheiten der Betreuung von Freiwilligen bei Club Dialog e.V.

- Beratung und Korrespondenz in der Muttersprache von Freiwilligen möglich (Mitarbeiter mit Arabisch und Farsi)
- Verständigung in den Seminaren gesichert durch muttersprachliche Dozenten und Dolmetscher
- Halbtägige Nachmittagsseminare für Geflüchtete (Deutschkurse am Vormittag)
- Seminare und Sonderförderung für Geflüchtete ist besonders an die Informationsbedarfe von Geflüchteten angepasst



Die Resonanz auf diese beiden Projekte ist sehr positiv: Vereine als Einsatzorte schätzen die Vorteile der Projekte. Freiwillige schätzen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und die unkomplizierte Abwicklung, und beide kommunale Behörden sind bisher zufrieden mit den Ergebnissen und der Abwicklung.



Ergebnisse von 2. Projekten: Resonanz

- Vereine als Einsatzorte schätzen die Vorteile der Projekte
- Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund schätzen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und unkomplizierte Abwicklung
- Kommunale Behörden als offizielle Einsatzstellen: zufrieden mit den Ergebnissen und der Abwicklung

Es sind interessanterweise einige Synergieeffekte entstanden: Der BFD ist ja per se kein Integrationsinstrument. Aber gerade durch den Flüchtlingsbezug, also das sogenannte Sonderkontingent, hat er in der Zeit enorm an Bedeutung gewonnen als eine Integrationsmaßnahme, was im Bericht der Integrationsministerkonferenz in diesem Jahr seinen Ausdruck fand. Der Zuständige im LAF für BFD, für uns, ist gleichzeitig der Zuständige für andere Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen, und für ihn ist der BFD bei Weitem das beste Instrument der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.



Ergebnisse von 2. Projekten: Synergieeffekte

- BFD gewinnt an Bedeutung als Integrationsinstrument (Integrationsministerkonferenz)
- LAF: BFD als bestes Instrument der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten
- Arbeitsmarkttraining im geschützten Kontext
- Interkulturelle Öffnung von kommunalen Behörden und von Communities: Freiwillige aus über 20 Herkunftsländern

Es ist ein Effekt des Arbeitsmarkttrainings im geschützten Kontext entstanden durch den Einsatz und die Informationen, die in den Seminaren vermittelt werden. Es ist auch ein Effekt der interkulturellen Öffnung entstanden – von kommunalen Behörden und auch von den ethnischen Communities: Freiwillige aus über 20 Herkunftsländern sind in einem Seminarraum und müssen sich austauschen.


Zu unseren aktuellen Herausforderungen: Es wäre ja schön, wenn man das Ganze einfach weiterführen könnte. Der BFD mit Flüchtlingsbezug ist aber bis Ende 2018 beschränkt, und laut Familienministerium ist keine Verlängerung zu erwarten. Damit würden wichtige Erleichterungen im Sonderkontingent gestrichen. Das wird uns den Boden unter den Füßen wegziehen und den Fortgang der Projekte in dieser Form nicht mehr möglich machen.



Aktuelle Herausforderungen

- BFD mit Flüchtlingsbezug (Sonderkontingent) bis Ende 2018 beschränkt
- Laut BMFSFJ keine Verlängerung zu erwarten
- Wichtige Erleichterungen im Sonderkontingent sollen gestrichen werden

Besonders dramatisch ist die Streichung der kommunalen Kontingente, die jetzt vorgesehen ist. Dann könnten die Kommunen keine „eigenen“ Plätze verteilen. Zum Zweiten ist die Streichung der Option der Entsendung vorgesehen. So könnten kommunale Behörden keine Freiwilligen mehr an andere Einsatzstellen entsenden. Somit müssten die Vereine viel mehr organisatorische Aufgaben übernehmen, und die Finanzierung der Verwaltungsgebühr wäre dann in Frage gestellt.



Prognose: 2019

- **Streichung der kommunalen Kontingente**
 - Kommunale Behörden können dann keine „eigenen“ Plätze verteilen
- **Streichung der Option der Entsendung**
 - Kommunale Behörden können keine Freiwilligen entsenden
 - Vereine müssen viel mehr organisatorische Aufgaben übernehmen
 - Finanzierung der Verwaltungsgebühr in Frage gestellt

Unsere Empfehlung vor dem Hintergrund ist klar die Verlängerung des Sonderkontingents bzw. die Überführung all seiner Optionen ins Regelkontingent im BFD. Wenn das nicht möglich sein sollte, dann mindestens die Beibehaltung der kommunalen Kontingente später im Regelkontingent. Das Land Berlin müsste also dafür kämpfen, dass die kommunalen Kontingente beibehalten werden. Zum Dritten sollte eine stabile Finanzierung der Arbeit eines BFD-Servicezentrums sichergestellt sein mit den Aufgaben, wie sie jetzt z. B. in diesen Projekten der Club Dialog übernommen hat.



Unsere Empfehlungen

1. Verlängerung des Sonderkontingents bzw. Überführung aller seiner Optionen ins Regelkontingent im BFD
2. Beibehaltung der kommunalen Kontingente (später im Regelkontingent)
3. Stabile Finanzierung der Arbeit eines BFD-Servicezentrums

Ich komme zum Schluss. Die Aufgabe der Integration von Geflüchteten wird Ende 2018 nicht plötzlich erfolgreich beendet werden. Sie wird weiterhin bestehen. Deswegen sollten die Möglichkeiten, die das Sonderkontingent im BFD bietet, erhalten bleiben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen zur Verfügung!



Unsere Empfehlungen

1. Aufgabe der Integration von Geflüchteten besteht weiterhin
2. Möglichkeiten, die das Sonderkontingent im BFD bietet, sollen erhalten bleiben



Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Dr. Gollbach, bitte!

Dr. Jochen Gollbach (FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf; Leiter): Vielen Dank! – Ich kann in der Redegeschwindigkeit, glaube ich, nicht mit meinen Vorrednern mithalten, will gerne zu drei Punkten etwas sagen und gucke mal, wie weit ich komme.

Zum ersten Thema Berliner Freiwilligenbörse: Alle, die schon einmal da waren, wissen, dass das eine tolle Veranstaltung ist, die von den Berlinerinnen und Berlinern sehr gut nachgefragt wird, und bei der im Moment die Ausrichtung nach meinem Eindruck vor allem auf das klassische Ehrenamt gerichtet ist. Da gibt es über 100 Organisationen, die sich vorstellen usw., auch zu den freiwilligen Diensten. Wir als FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf sind da am Stand der LAGFA, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, präsent und haben innerhalb dieser paar Stunden bis zu 400 Gespräche mit Menschen geführt, die sich interessieren, die aber an diesen 100 Ständen praktisch nicht weiterkommen und uns dann eben als regionale Freiwilligenagentur nachfragen.

Meiner Ansicht nach – ich wurde ja nach persönlicher Meinung und Einschätzung gefragt – müsste die Freiwilligenbörse die Chance bieten, auch neue Engagementformen wie z. B. Volunteering mehr einzubinden, weil das bisher doch sehr auf das klassische Ehrenamt beschränkt ist. Wir waren 2015 einmal mit dem Volunteersprogramm für die IGA vertreten und hatten tatsächlich innerhalb dieser sechs Stunden 40 Neuregistrierungen für das IGA-Volunteersprogramm – das hat also sehr gut funktioniert.

Dann der zweite Punkt – die Angebotsstrukturen der Freiwilligenagenturen: Wie Sie wahrscheinlich wissen, gibt es im Moment vier berlinweite Freiwilligenagenturen und zwölf Freiwilligenagenturen in den Bezirken. Ihnen allen liegt, glaube ich, diese kleine Broschüre vor, wo die Freiwilligenagenturen beschrieben sind. Da kann man schon sehen, dass die Struktur der Freiwilligenagenturen in Berlin doch ziemlich unterschiedlich ist. Es gibt relativ kleine Agenturen, die – ein bisschen überspitzt formuliert – von drei rüstigen Rentnerinnen irgendwie mit so einem Zettelkasten gemacht werden, bis hin zu gut ausgestatteten Engagementzentren, wie das jetzt heißt. Allerdings haben nur fünf der in freier Trägerschaft geführten Freiwilligenagenturen im Moment eine Finanzierung von über 100 000 Euro. Das hört sich immer nach viel Geld an, es sind aber praktisch anderthalb Personalstellen, Miete und Telefon, und dann sind die Mittel schon aufgebraucht.

Wir sehen, dass in den letzten zehn Jahren vor allem Freiwilligenagenturen entstanden sind, die mindestens den Status einer Entwicklungsagentur haben. Das ist das Freiwilligenzentrum „Sternenfischer“ in Treptow-Köpenick, das sind wir, die FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, das ist „Oskar“, die Freiwilligenagentur Lichtenberg, und wir haben jetzt in diesem Jahr das Engagementzentrum in Neukölln eröffnet. Da merkt man schon: Allein der Name verspricht mehr als Zettelkasten mit 25 Angeboten. Das muss auch so sein. Allen diesen vier ist gemein, dass sie ihren Wirkungskreis im Bezirk haben und durch freie Träger realisiert werden – ich persönlich finde das gut.

Bei der durch die Senatskanzlei angekündigte Finanzierung der bezirklichen Freiwilligenagenturen – darauf kommen wir wahrscheinlich heute noch zu sprechen; es stand ja auch, für alle zu lesen, in der Zeitung letzte Woche, dass sie kommt – gibt es meiner Ansicht nach große Chancen zur Entwicklung der Freiwilligenagenturen in Berlin. Wir stellen uns da natürlich schon die Frage: Wie kann den Bezirken praktisch so große Freiheit wie möglich gegeben werden und gleichzeitig aber natürlich von Geldgeberseite her geguckt werden, wie vergleichbare Qualitätsstandards in den Bezirken eingezogen werden können? – In diesem Zusammenhang geht aus meiner Position ganz klar die Weiterentwicklung der bestehenden Freiwilligenagenturen vor Neuausschreibungen oder Neugründungen.

Ein anderer Punkt, der für uns noch geklärt werden muss, ist, wie die kommunalen Freiwilligenagenturen, die im Moment in den Rathäusern angesiedelt sind, in diese Förderlogik eingepasst werden und wie die Schnittstellen zu den angekündigten Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement in den Bezirksämtern sind. Meiner Überzeugung nach benötigen wir hier in Berlin auf jeden Fall eine landesweite Struktur; im Moment heißt die LAGFA, Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen. Die LAGFA hat im Moment noch keine Rechtsform, kann deshalb keine eigenen Projekte akquirieren, und das wäre mir persönlich als Vertreter einer bezirklichen Freiwilligenagentur schon sehr wichtig.

Im Übrigen habe ich, ich glaube, vorgestern erfahren, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, bagfa, zurzeit dabei ist, ein Strukturempfehlungspapier für Freiwilligenagenturen zu schreiben. Das soll noch dieses Jahr im Sommer kommen, und das würde ich Ihnen dann auch gerne zur Verfügung stellen.

Der dritte Punkt – Sachstand Freiwilligendienste: Da ist es so, dass wir als FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf vor allem zum Bundesfreiwilligendienst beraten. Wir haben aber relativ wenige Anfragen, das heißt unter 20 im Jahr. Wenn Menschen kommen, die dazu bera-

ten werden wollen, vermitteln wir meist an die 19 Zentralstellen – das ist ein Widerspruch in sich, aber egal –, und das sind meist bundesweit agierende Organisationen. Das BAFzA selbst ist auch eine Zentralstelle. Da haben wir allerdings die Erfahrung, dass die Informationen auf der Webseite www.bundesfreiwilligendienst.de so dürftig sind, dass man eigentlich nichts damit anfangen kann. Bezüglich der anderen möglichen Freiwilligendienste – Freiwilliges Soziales Jahr, FÖJ usw. – vermitteln wir hauptsächlich an unsere Kooperationspartner im Bezirk. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Dr. Gollbach! – Herr Prochnow, bitte!

Norbert Prochnow (Unionhilfswerk Soziale Dienste gGmbH; Geschäftsführer): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin nicht ganz sicher, warum Sie mich als Geschäftsführer der Unionhilfswerk Soziale Dienste gGmbH eingeladen haben, selbiger bin ich. Vielleicht weil diese Firma, die sich auch im Bereich der Flüchtlingshilfe und der Wohnungslosenhilfe engagiert, mit dem erstgenannten Angebotsspektrum als einzige Organisation einen Rahmen hat, wo Freiwilligenkoordinatoren über das Entgelt finanziert werden. Vielleicht war das ein Ansatzpunkt von Ihnen, keine Ahnung. Ansonsten bin ich Vorsitzender der Stiftung Unionhilfswerk Berlin, der Dachorganisation, die über den gemeinnützigen Gesellschaften steht und wo auch unser Freiwilligenmanagement konzentriert ist. Darauf komme ich gleich bei dem, was ich gern sagen möchte, zurück.

Zu den ersten Punkten, zu denen meine Vorrednerin und Vorredner schon vieles gesagt haben, kann ich nur sagen, dass wir das Landesnetzwerk für eine sehr wichtige Einrichtung im Rahmen der Weiterentwicklung nachhaltiger Engagementstrukturen halten. Das bildet sich auch dadurch ab, dass wir seit 2007 im Sprecherrat vertreten sind. Es ist wahrscheinlich kein Wunder, dass, wenn man als Abgeordnete freie Träger einlädt, die immer über Ressourcen reden. Zur Ressourcenproblematik – um eine Geschäftsstelle für diese Aktivitäten des Fach-austausches und des Managements von Freiwilligen anzubieten – kann ich eigentlich nur unterstützen, was Herr Baur gesagt hat.

Zur Freiwilligenbörse würde ich nur sagen wollen, dass wir auch da von Anfang an dabei sind. Neben der steigenden Bedeutung der Onlineberatung, auf die von Herrn Baur hingewiesen worden ist, zeigt sich, dass nach wie vor persönliche Informationen und Beratungen ein wichtiger Teil der Angebotsstruktur freier Träger sind, um Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen, und da zeigt sich die Börse mit dem Format im Roten Rathaus usw. nach wie vor als eine gute Ressource.

Wir sind mit der Stiftung Unionhilfswerk Anbieter von zwei gerade schon genannten Freiwilligenagenturen bzw. Freiwilligenzentren seit über zehn Jahren: „Sternenfischer“ in Treptow-Köpenick; die war erst bei einer Tochtergesellschaft von uns angesiedelt, der USE, und ist, wie inzwischen alle Aktivitäten des Freiwilligenmanagements, nunmehr bei der Stiftung gelandet, und „Oskar“ – da waren Sie vor kurzer Zeit mit Ausschussmitgliedern zu Gast –, die in Lichtenberg vor zwei Jahren dazugekommen ist. Hier haben wir in der Tat Beispiele, wo ich erst mal finde: Mehr geht ja immer –, aber wo wirklich gute Ressourcen über diese beiden Bezirke zur Verfügung gestellt werden, um bezirkliches Engagement von Menschen bei unterschiedlichen Trägern zu unterstützen.

Wir haben als Unionhilfswerk darüber hinaus seit mehr als 15 Jahren mittlerweile die Erfahrung, dass wir so etwas wie ein trügereigenes Freiwilligenmanagement haben, und da sind im Grunde genommen unsere Vorerfahrungen hergekommen, unsere Kenntnisse, überhaupt Konzepte für so etwas wie Freiwilligenagenturen zu entwickeln. Wir haben da ein sehr breites Erfahrungsspektrum, denn: Wie die meisten von Ihnen wissen werden, haben wir bei uns – von der Kita angefangen über die Arbeit mit erwachsenen Menschen mit Behinderung, mit geflüchteten Menschen, wohnungslosen Menschen, mit zu pflegenden Menschen, ambulant und stationär – die unterschiedlichsten Einsatzfelder für Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen, beim Träger. Die Freiwilligenagenturen arbeiten ja nicht für den Träger; die arbeiten für den Bezirk und arbeiten mit allen Trägern, die sich im Bezirk bereit erklären, zu-

sammen. Unsere interne Freiwilligenagentur – in Anführungszeichen – arbeitet tatsächlich für die Gesellschaften des Unionhilfswerks. Und wenn Sie sehen, dass es uns im Jahr gelingt, im Verein und in den Gesellschaften mit über 1 100 Menschen im Jahr 2017 insgesamt über 149 000 Engagementstunden einzubringen, dann haben Sie vielleicht eine gewisse Vorstellung davon, was möglich ist, wenn man da Ressourcen reingibt. Nun sind wir einer der großen Träger in Berlin, das wissen Sie. Wir haben auch gewisse Ressourcen, aber wenn man möchte, dass sich das als eine Kraft auch in anderen Bereichen – in der Behindertenhilfe, in der Wohnungslosenhilfe, in der psychiatrischen Versorgung, in der Jugendhilfe – weiter etabliert, dass man das nutzt, dann muss man da auch etwas zusätzlich reinton und kann nicht automatisch davon ausgehen, dass die freien Träger das alles selbst bezahlen.

Wir reden, wenn wir mit den Senatsverwaltungen diskutieren, sehr viel über unsere Leistungsverträge, auch über Qualitätssicherung. Ich kann mir in der Bürgergesellschaft keine bessere Qualitätssicherung vorstellen, als die Freiwilligen mit reinzuholen, denn die kommen, ohne dass wir sie bezahlen, ohne dass sie einen Arbeitsvertrag mit uns haben. Wir schließen zwar auch Vereinbarungen mit denen und versuchen, sie gut vorzubereiten, aber sie sind doch sehr viel freier, als man es als Beschäftigter ist, und sie konfrontieren uns sehr wohl mit dem, was sie sehen, was sie wahrnehmen, was sie kritisieren und fordern uns auch auf, uns intensiv mit ihrer Wahrnehmung auseinanderzusetzen.

Ich habe vorhin, als es um die Jugendlichen und das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen ging, gedacht: Ich glaube, wir haben über 100 Menschen zwischen 16 und 29 Jahren, die sich im Rahmen dieser 1 100 Personen bei uns engagieren. Ganz spannend ist es, wenn man hinterher Menschen hat, die selbst mal Mentees waren – in sogenannten Mentoringprojekten sind oftmals junge Menschen mit Migrationshintergrund –, und wo die Begleitung nicht nur dazu geführt hat, dass die ihre Schule erfolgreich absolvieren oder sie einen Ausbildungsplatz gekriegt haben, sondern dass sie sich im nächsten Schritt selbst wieder engagieren – also eigentlich eine besondere Form von Empowerment – und die, da reden wir in aller Regel nicht von Menschen, die aus den ganz bildungsnahen Schichten dieser Bevölkerung kommen, der Gesellschaft aufgrund dieser eigenen Erfahrungen, die sie gehabt haben, relativ schnell wieder direkt etwas zurückgeben, indem sie sich nämlich freiwillig engagieren.

Als es vorhin um die Zeit ging, habe ich gedacht: Ich habe eine Tochter, siebzehneinhalb, die gerade ihr Abitur macht. Die würde über die 35-Stunden-Woche in der Lern- und Leistungsklasse nur lachen. 45 Stunden sind, glaube ich, sehr viel realistischer, was die zumindest außerhalb der Ferienzeiten zu leisten haben, wenn sie vernünftig in der Schule mitkommen wollen. Und wie viel Zeit man dann noch für freiwilliges Engagement hat – also, da wird es eher schwierig. Ich weiß nicht, bei welchen Studenten es nachher wirklich besser wird, aber bei den Gymnasiasten ist das jedenfalls nicht ganz so.

Last but not least – Bundesfreiwilligendienst oder andere Formen von Freiwilligendiensten: Wir haben bei jungen Menschen, auch bei geflüchteten Menschen, das kann ich bestätigen, aber auch bei Menschen, die sich in bestimmten Zwischenphasen ihres Lebens neu orientieren wollen, die Erfahrung gemacht, dass das temporär ein gutes und sinnhaftes Format ist. Manchmal ist es auch nach einer eigenen Lebenskrise, nach Auszeiten, nach Schule und Ausbildung, nach Studium, wenn man sich neu orientiert, aber auch zwischen Erwerbstätigkeit und Unruhestand eine Möglichkeit, so einen Einstieg zu finden. Von daher würde ich alle Formate, die dafür geeignet sind, um ein solches Engagement zu unterstützen, nur begrüßen.

Sie haben, das habe ich vorhin gesehen, wer das noch nicht hatte, eine kleine Broschüre von uns gekriegt, die wir mal auf den Weg gebracht haben, wo wir gesagt haben: Was braucht ein professionelles Freiwilligenmanagement für Begleitformate vom Beraten des- oder derjenigen, die sich engagieren möchte, bis hin zu Fort- und Weiterbildung, aber auch an Formaten, die zwischendurch greifen, wenn es mal schwierig wird – und es wird immer mal schwierig, auch wenn man sich freiwillig engagiert? Worauf kann man zurückgreifen? Wo hat man verlässliche Unterstützungsformate der Träger? – Es ist wichtig, dass man daran denkt, denn akquiriert hat man Menschen schnell, aber sie zu halten, dafür muss man immer etwas tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Prochnow! – Herr Steinke, bitte!

Bernhard Steinke (Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.; Leitung Freiwilligendienste): Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Mein Name ist Bernhard Steinke. Ich spreche heute für den Landesverband der Arbeiterwohlfahrt für die Abteilung Freiwilligendienste, gleichzeitig aber auch stellvertretend für 31 weitere Träger der Freiwilligendienste, mit denen wir in Berlin vernetzt sind.

Zusammen begleiten wir ca. 4 000 Freiwillige pädagogisch im Freiwilligen Sozialen Jahr – FSJ – und Bundesfreiwilligendienst – BFD –. Beide Formate richten sich an junge Menschen zwischen 15 und 27 Jahren. Ein BFD kann außerdem auch von Älteren absolviert werden. Die meisten Freiwilligen bei der AWO sind allerdings zwischen 18 und 19 Jahre alt.

Beim AWO-Landesverband sind aktuell 380 Freiwillige im Dienst. Davon sind zwei Drittel weiblich, und ein Drittel ist männlich. Die AWO kooperiert mit über 500 Einsatzstellen aus den verschiedensten sozialen Bereichen. Die Dienstzeit beträgt zwischen sechs und 18 Monaten bei einem monatlichen Taschengeld von 310 Euro. Die Freiwilligen arbeiten Vollzeit, das heißt, 39 Stunden die Woche. Sie verrichten unterstützende Hilfstätigkeiten, und – das ist wichtig – sie werden arbeitsmarktneutral eingesetzt. Das heißt, sie dürfen keine Aufgaben übernehmen, für die ausgebildetes Personal notwendig ist. Sie engagieren sich in gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie zum Beispiel Kitas, Krankenhäusern, Behinderteneinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in der Altenpflege und in Unterkünften für Geflüchtete.

Unsere AWO-Freiwilligen sind jedoch nicht nur in AWO-Einrichtungen aktiv, sondern auch in externen Einsatzstellen, zum Beispiel im Unionhilfswerk, in der Volkssolidarität, den Vivantes-Häusern oder den Kitaeigenbetrieben von Berlin. Sie werden dabei durch uns als zugelassenem Träger pädagogisch begleitet. Unter anderem führen wir für die Freiwilligen 25 Bildungstage im Jahr durch, in der Regel aufgeteilt auf fünf Seminarwochen. Die Seminare werden von uns partizipativ gestaltet. Das heißt, die Freiwilligen beteiligen sich aktiv an der Programmgestaltung und Programmdurchführung. Seminarthemen können dabei zum Beispiel sein: Berufsorientierung, Umgang mit Konflikten in der Einsatzstelle, sozialpolitische Themen wie Armut und Obdachlosigkeit, Rassismus, Antisemitismus, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Barrierefreiheit, aber auch Themen der Erlebnispädagogik bzw. Kreativ- und Medienangebote sind dabei sowie Juleica-Fortbildungen. Es gibt in den Seminaren ein demokratisches Sprecher/-innensystem sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.

FSJ und BFD sind ein Bildungs- und Orientierungsjahr, in dem oft die Weichen für die berufliche Zukunft der jungen Menschen gestellt werden. Wir haben nicht nur Abiturienten und zukünftige Medizinstudierende mit an Bord, vielmehr sind die Zugangsvoraussetzungen für einen Freiwilligendienst bewusst sehr niedrig gesetzt. Lediglich die Schulpflicht muss erfüllt sein, in Berlin also zehn Jahre. Außerdem engagieren sich auch Geflüchtete bei uns, ähnlich wie beim Club Dialog, im BFD mit Flüchtlingsbezug.

Zuletzt haben wir das Alpha-Siegel des Grundbildungszentrums Berlin erworben. Mit diesem werden spezielle Einrichtungen ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise für Menschen mit funktionalem Analphabetismus öffnen. Die Freiwilligendienste bieten also einen niedrigschwelligen Zugang für benachteiligte Jugendliche, auch, das muss man offen sagen, wenn die aktuellen fördertechnischen Rahmenbedingungen die Inklusion dieser Zielgruppe nicht immer einfach machen. Oft entwickelt sich während des Freiwilligendienstes eine Zukunftsperspektive für die jungen Menschen. So stimmten am Ende des letzten Durchgangs bei uns 67 Prozent der Teilnehmenden der Aussage zu: Das FSJ, der BFD hat mein Interesse an der sozialen Arbeit verstärkt. – In Zeiten des Fachkräftemangels dient ein FSJ, ein BFD zur Berufsorientierung und erhöht die Chance auf einen gelungenen Berufseinstieg, zum Beispiel über eine sich anschließende Ausbildung zur Kranken- oder Altenpflegerin bzw. zum Kranken- und Altenpfleger.

Leider stellen wir aber auch fest, dass die Freiwilligen und ihr Engagement von der Gesellschaft zu wenig wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Ich hatte es erwähnt, sie bekommen lediglich ein Taschengeld von 310 Euro bei der AWO. Hiervon müssen die meisten 57 Euro für das BVG-Ticket zum Azubi-Preis aufwenden, um täglich zu ihrer Einsatzstelle zu kommen. Das sind knapp 20 Prozent ihres Einkommens bzw. Taschengeldes. Anlässlich dieser fehlenden Wertschätzung haben die Freiwilligen bundesweit am Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember letzten Jahres mit mehreren öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Ihre Forderung lautete dabei: Freie Fahrt für Freiwillige. – Als Träger unterstützen wir dieses Anliegen für ein Freiwilligenticket voll und ganz. Hessen beispielsweise hat bereits ein Freiwilligenticket für 30 Euro im Monat eingeführt.

Die Freiwilligendienstleistenden leisten einen wertvollen Beitrag für das Land Berlin. Eine stärkere Anerkennung und Unterstützung ist daher wünschenswert. Das bedeutet mittelfristig auch eine Landesförderung des FSJ. Die allgemeine Kostensteigerung der letzten Jahre kann nicht allein durch die Träger und die Einsatzstellen geschultert werden. Die Bundesfördermittel stagnieren dabei seit sieben Jahren, und Tarifierhöhungen beim pädagogischen Personal sorgen zusätzlich für eine angespannte finanzielle Situation. Acht von 16 Bundesländern verfügen über eine Landesförderung im FSJ, vor allen Dingen, um die Qualität der pädagogischen Begleitung sicherzustellen, zum Beispiel Thüringen, Sachsen oder Bayern. Berlin gehört leider nicht dazu. Die 32 Träger in Berlin empfehlen daher neben der Einführung eines Freiwilligentickets eine stärkere Berücksichtigung der Jugendfreiwilligendienste in der künftigen Haushaltsplanung. So lässt sich der wichtige Beitrag der Freiwilligendienste zum Gemeinwohl langfristig sichern. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich eröffne nun die Aussprache und habe Frau Radziwill auf meiner Liste. – Bitte!

Ülker Radziwill (SPD): Vielen Dank für die Informationen und dass Sie bereit sind, uns diese zu geben! Ich will entsprechend der Reihenfolge, in der Sie uns beraten haben, meine Fragen stellen. Vorweg möchte ich aber die Mitglieder des Sprecherrats des Landesnetzwerks herzlich begrüßen. Schön, dass Sie alle da sind! Viele von Ihnen sind regelmäßige Begleiter unseres Ausschusses. Nicht nur, dass Sie hier dabei sind und schauen, dass oder ob wir arbeiten – ich hoffe, das tun wir in Ihrem Sinne –, sondern dass Sie auch mit vielen Informationen bereitstehen, die Sie uns zwischen den Ausschusssitzungen geben, und dass Sie immer bereit sind, Rede und Antwort zu stehen. Das ist auch eine wichtige Infrastruktur für uns. Dafür mein ganz herzliches Dankeschön!

Ich fand die Idee mit dem Demokratietag als Anregung sehr interessant, und ich finde es gut, Herr Baur, dass Sie den Aspekt IKÖ, interkulturelle Öffnung, hervorgehoben haben. Ich glaube, es ist wichtig für den Kitt in der Gesellschaft, beim sich Engagieren für andere das Gemeinsame herauszustellen. Es tut Berlin als einer weltoffenen Stadt gut, das gemeinsam zu organisieren.

Ich habe mich sehr gefreut, dass die Freiwilligenbörse über die Jahre so stabil geworden ist und auch als Fachmesse angenommen wird. Ich denke, da ist noch viel Luft nach oben. Man könnte sicherlich noch einiges tun, nicht nur mit dem klassischen Schwerpunkt des Engagements. Vielmehr könnte man auch überlegen, in welchen anderen Themenbereichen man zwar schon Engagement hat, es aber nicht zusammengeführt hat. Man könnte auch überlegen, wo wir noch Schwerpunkte setzen müssten. Ich glaube, da kann man noch einiges herausarbeiten. Ich freue mich aber auf jeden Fall, dass sich die Freiwilligenbörse in Berlin so gut entwickelt hat. – Das waren keine Fragen, sondern das war eher eine Anerkennung.

Zum Club Dialog: Ich fand es super, was Sie uns in sehr kurzer Zeit so spannend vorgetragen haben. Ihren Worten habe ich die Synergieeffekte entnommen. Das war ja keine klassische Integrationsmaßnahme, haben Sie gesagt, aber es gibt sehr viel Potenzial dafür. Das fand ich sehr gut, und ich glaube, das sollten wir für uns mitnehmen. Ich wusste bis heute nicht, dass dieses Kontingent so auf der Kippe steht. Ich denke, wir tun gut daran – und das wäre meine Frage in Richtung Senat –: Gibt es schon Überlegungen, wenn ja, welcher Art? Wie können wir vom Haus das mit unterstützen? – Es wäre fatal, wenn diese Infrastruktur wegbrechen würde. Ich glaube, wir sollten uns gemeinsam dafür engagieren, dass das erhalten bleibt, und ich danke allen, die sich dafür eingesetzt haben, so kreative Wege zu gehen, um für Menschen, die geflüchtet, die hierhergekommen sind, als Teil der Gesellschaft einen aktiven Integrations- und Willkommensbeitrag zu leisten.

Dann möchte ich bei den Freiwilligenbörsen, bei Herrn Gollbach, weitermachen. Ich fand zwei Punkte sehr gut, die Sie neu für mich hier reingebracht haben. Zur LAGFA: Die Struktur einer Rechtsform ist nicht da, hatten Sie gesagt. Können Sie noch ausformulieren, in welche Richtung Sie da denken? Das habe ich nicht gleich bei mir einsortiert.

Ich finde es gut, wenn die bagfa, die Bundesebene, dazu eine Vorlage ausarbeitet. Vielleicht kann aber auch die Senatsseite einen Hinweis geben, inwieweit Sie mit involviert sind oder Informationen haben.

Weiter zum Unionhilfswerk – Herr Prochnow! Sie haben heute bei mir eine Idee aufgebracht. Sie haben im Grunde genommen gesagt, dass Leistungsverträge und Qualitätssicherung wich-

tig sind, und Sie haben faktisch die Nutzerevaluationsideen in Erinnerung gebracht. Wir haben ähnliche Modelle wie das nueva in anderen Bereichen. Ich glaube, hier könnten wir eine Idee entwickeln, eine Art fueva – freiwilligenengagierte Evaluation. Ich glaube, es wäre sinnvoll zu überlegen, inwieweit die Freiwilligendienste in dem, was sie von außen kommend erblicken, an qualitätsunterstützende Sichtweisen reinbringen. Ich glaube, da ist auch viel Luft nach oben. Vielleicht können Sie, wenn Sie mögen, dazu noch drei Sätze sagen.

Letzter Punkt – zur AWO: Danke, Herr Steinke, dass Sie uns so einen Überblick gegeben haben! Ich finde es unheimlich wichtig, dass wir uns gemeinsam überlegen, wie wir die freiwillig engagierten jungen Menschen, die in einem FSJ oder Bundesfreiwilligendienst aktiv sind, unterstützen, dass ihre Mobilität in der Relation etwas bessergestellt ist. Bei einem Taschengeld von 310 Euro 57 Euro für die BVG oder ÖPNV-Nutzung zu zahlen, ist, glaube ich, unverhältnismäßig. Da sollten wir aus meiner Sicht rangehen; das ist sicherlich auch in unserem Interesse.

Was ich auch überlegenswert finde, ist, noch mal zu schauen: Was machen die anderen Länder? –, was Sie vorhin sagten, dass die Landesgelder für das FSJ bekommen. Da, glaube ich, müssten wir noch mal Hausarbeiten machen und schauen: Was machen die anderen anders als wir? Was können wir von denen noch lernen, oder was haben wir strukturell schon anders organisiert, was ist über eine andere Struktur vorbereitet? – So weit von meiner Seite. Vielen Dank für Ihre Anregungen!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Ich wechsle die Rolle und stehe als Abgeordnete meiner Fraktion auf der Liste.

Vielen Dank für die Darstellung Ihrer Arbeit! Ich glaube, es ist für uns hier vorn sehr deutlich geworden, wie viel eigentlich miteinander zusammenhängt. In die Richtung gehen auch meine Fragen. Wir sind seit der letzten Legislaturperiode in verschiedenen Gesprächen darüber, für Berlin eine Engagementstrategie zu entwickeln, was keine Vereinheitlichung, aber ein gemeinsames Commitment bedeuten würde. Natürlich müsste das in Berlin wie auch in den anderen Bundesländern, die das haben, auf den gewachsenen Strukturen mit den Unterschiedlichkeiten, aber auch mit den gewachsenen Kooperationen aufbauen.

Die Frage an Herrn Baur wäre, und dann gucke ich mal in die Gesichter der anderen – wenn Sie gleich grimmig gucken, habe ich schon die Antwort –: Wäre so etwas wie das Landesnetzwerk ein sinnvolles Dach? Welche Aufgabe würde diesem Dach dann zukommen? Brauchen wir das überhaupt? – Wie gesagt, es geht um ein Commitment, nicht um eine Vereinheitlichung.

Die zweite Frage richtet sich an alle: Welche Begleitung brauchen die neuen Freiwilligenagenturen oder welche Struktur auch immer das in den Bezirken ist? Welche Begleitung können Sie sich vorstellen zu geben? Welche Anforderungen sind da zu stellen?

An den Senat die Frage: Wann kommen die Richtlinien? – Dass wir ungefähr eine Zeitvorstellung haben.

Noch eine Frage an Herrn Baur: Natürlich ist die Unterstützung von Engagement immer auch Demokratieförderung, weil Menschen, die sich engagieren und sich einbringen, ihr Gemein-

wesen als ihr Gemeinwesen empfinden. Das sind Menschen, die sich dann nicht abseits stellen, um Demokratie infrage zu stellen, oder die aktiv werden, um etwas an den Strukturen zu zerstören. Trotzdem die Frage: Dieser Demokratietag, nach dem Frau Radziwill schon gefragt hat, den habe ich auch sofort herausgehört. Das finde ich ganz interessant: Was könnte das eigentlich bedeuten?

Sodann: Wie sieht bei Ihnen interkulturelle Öffnung aus? Sie sitzen neben Frau Bikbulatova. Wie sieht interkulturelle Öffnung bei Ihnen konkret aus? Wer ist denn eigentlich Mitglied? Wir haben gesehen: Es ist der polnische Sozialrat dabei, es ist die „Reistrommel“ dabei. Gibt es schon Organisationen, die auch im Netzwerk, unabhängig vom Club Dialog, bei Ihnen Mitglieder sind? Oder wäre es möglich, da etwas zusammen zu machen?

Das Letzte – Landesgelder für das FSJ: Da würden wir natürlich mit dem Club Dialog ins Gespräch gehen müssen, um zu gucken, dass wir die Bundesschwierigkeiten mit eigenen Mitteln auffangen.

Als **Vorsitzende** erteile ich jetzt Frau Klein das Wort. – Bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich schließe mich meinen Vorrednerinnen, Frau Radziwill und Frau Kahlefeld, an, was den Dank, was die konkreten Fragen und das betrifft, was wir an einzelnen Punkten mitnehmen.

Ich möchte aufgrund der Zeit eine etwas größere Frage an alle fünf stellen. Es gab in den letzten Jahren einen gewissen Strukturwandel in der Freiwilligenarbeit, Stichwort: Wegfall Zivildienst. Das war ein großer Punkt in der Geschichte. Es klang nur bei einigen Punkten an: Freiwilligenarbeit ist eine Ressource. – Meine Fragen gehen in die Richtung: Kompensiert dieses ehrenamtliche Angebot Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Stichwort: Pflege usw.? Verändert sich das Verhältnis des ehrenamtlichen Engagements zur Erwerbstätigkeit? Wird Erwerbstätigkeit sinnvoll ergänzt oder durch Freiwilligenarbeit ersetzt? Wie sind da die Entwicklungen? Es gibt da Entwicklungen. Wie sind die Diskussionen bei Ihnen intern, wie schätzen Sie das ein? Ist das auch ein Thema der Politik, des Parlaments? Sollte es mal wirklich zu einem Thema werden? Wo setzen Sie eigentlich die Grenzen von der Freiwilligenarbeit zur Erwerbstätigkeit? Dort gibt es meines Erachtens Entwicklungen, die man nicht nur positiv sehen kann. Ich glaube, da haben wir etwas zu tun. Wie schätzen Sie das ein?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Schlömer, bitte!

Bernd Schlömer (FDP): Auch von mir vielen Dank an alle Anwesenden für Ihr Engagement! Vielen Dank für die sehr interessanten und aufschlussreichen Beiträge! Ich habe verschiedene Fragen, die ich kurz durchgehen möchte. Herrn Baur würde ich gern die Frage stellen: Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Ihrem Open-Governance-Modell zum Open-Government-Modell? Was verstehen Sie im Hinblick auf Realisierung von Open Government unter Open Governance?

An Frau Bikbulatova habe ich die Frage: Sie sprachen von Schwierigkeiten der kommunalen Entsendung. Was schlagen Sie vor, wie man diese Schwierigkeiten aus Sicht der Bezirke lösen könnte?

Herrn Gollbach würde ich gern fragen: Sie haben auf den Artikel verwiesen und das Geld, das jetzt bereitgestellt wird. Für die Zuhörer: Das sind, wenn ich es richtig gelesen habe, 360 000 Euro für 2018 und 1,2 Millionen Euro für 2019. Wie schätzen Sie das ein: Das Geld soll nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Profitieren gut strukturierte Freiwilligenagenturen davon, die schon ein großes Angebot haben? Können kleine davon profitieren? Wenn Sie das selbst auf Ihre Freiwilligenagentur beziehen: Fühlen Sie sich benachteiligt, weil Sie gar nicht die Manpower haben, Dinge anzuschieben, während andere aber die Möglichkeit dazu haben? – Da würde mich Ihre Sicht interessieren.

An Herrn Steinke und Herrn Prochnow habe ich die Frage: Sie sprachen letztendlich – außerhalb von BVG-Tickets – die Steuerungswirkungen an, die außerhalb des Bundes initiiert werden müssten. Welche Steuerungswirkung wünschen Sie sich vom Land Berlin? Was muss das Land Berlin konkret tun, um Ihre Anliegen außerhalb von BVG-Tickets, die wir bei jeder Anhörung hören, zu lösen? Was wünschen Sie sich? Wenn Sie das noch einmal konkret benennen, auch für das Wortprotokoll. – Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Standfuß, bitte!

Stephan Standfuß (CDU): Auch von uns ein herzliches Dankeschön an alle für die interessanten Informationen! – Herr Baur! Sie sprachen davon, dass bei Ihnen im Netzwerk sehr viele Wohlfahrtsverbände sind, anders als in anderen Bundesländern. Wie kommt es eigentlich dazu? Das nur als Information.

Zur Freiwilligenbörse: Da wird seit 2016 eine Standgebühr in Höhe von 50 Euro erhoben, wohl weil EU-Mittel weggefallen sind, wie ich gelesen habe. Kann sich das trotzdem noch jeder leisten, und was kann der Senat als Unterstützungsleistung für besondere Härtefallregelungen erbringen, wenn jemand die Gebühr von 50 Euro nicht aufbringen kann?

Zu den Freiwilligenagenturen würde mich interessieren, welche Unterschiede zwischen den Bezirken bestehen. Sie kommen aus Marzahn-Hellersdorf. Wie sieht das in anderen Bezirken aus, bzw. wie sieht die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bezirksämtern vor Ort aus? Ist die entsprechend vertrauensvoll und produktiv?

Mich würde zudem noch interessieren, ob der Wunsch nach einem Engagementbeauftragten in den einzelnen Bezirken besteht. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich sehe erst mal keine weiteren Fragen mehr. Dann würde ich den Anzuhörenden die Möglichkeit geben, in umgekehrter Reihenfolge zu antworten. – Herr Steinke! Sie hätten die Möglichkeit zu beginnen.

Bernhard Steinke (Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.; Leitung Freiwilligendienste): Herzlichen Dank für Ihre Rückfragen! Weil das Thema Bundesförderung angesprochen wurde: Wir wünschen uns als Träger des FSJ selbstverständlich, dass die Bundesmittel erhöht werden. Ich glaube, dass Sie als Land Berlin hier auch Einfluss nehmen können und sollten, gerade wenn man bedenkt, dass diese Mittel seit sieben Jahren nicht erhöht wurden. Der Bund sagt wiederum: Gut, der BFD wird zentral abgerechnet über das BAFzA. Dafür sind wir verantwortlich, aber im FSJ sind die Länder auch gefragt. – Deswegen gibt es, wie gesagt, in acht Bundesländern auch eine Landesförderung, beispielsweise in Baden-Württemberg 3 Millionen Euro, in Bayern 1,2 Millionen Euro, in Hessen 2,3 Millionen Euro und in Rheinland-Pfalz 11,7 Millionen Euro. Wir glauben, dass es trotzdem wichtig ist, dass das Land Berlin nicht nur beim Bund Mittel einfordert, sondern auch selbst aktiv wird mit einer Förderung im FSJ.

Zur Frage von Frau Klein bezüglich des Strukturwandels: Sie haben recht. Der Zivildienst wurde ausgesetzt 2011, mit Aussetzung der Wehrpflicht, und seitdem gibt es den BFD. Das FSJ hat allerdings eine sehr viel längere Tradition. Das gibt es seit 1964. Sie hatten speziell gefragt, wie sich der Freiwilligendienst mit der Erwerbstätigkeit verträgt. Ich hatte eingangs erwähnt, dass wir sehr großen Wert auf die Arbeitsmarktneutralität legen. Das heißt, es darf kein sozialversicherungspflichtiger Job weggekürzt werden durch den Einsatz von Freiwilligen. Das ist uns wirklich ein großes Anliegen. Wir kontrollieren das auch sehr streng nach unseren AWO-Qualitätsstandards bei den Einsatzstellen. – Das war es erst einmal von meiner Seite. Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Prochnow, bitte!

Norbert Prochnow (Unionhilfswerk Soziale Dienste gGmbH; Geschäftsführer): Dann mache ich da noch weiter, denn als wir unser trägerinternes Freiwilligenmanagement eingerichtet haben, hatten wir diese Diskussion zu Anfang durchaus nicht unintensiv in den Einrichtungen und Diensten mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil damals ganz viele die Befürchtung hatten: Ach so, halten die dann jetzt Plätze frei? Werden dadurch normal vergütete Arbeitsplätze abgebaut? Was ist denn eigentlich die Idee dabei? – Die Menschen machen über viele Jahre – ich sagte schon, 15 Jahre – bei uns die Erfahrung, dass es nicht so ist; da kann ich nur das bestätigen, was der Kollege von der AWO sagt: Keine einzige Erzieherstelle, keine einzige Pflegerstelle, keine einzige fachlich qualifizierte Sozialarbeiterstelle wird nicht besetzt oder gar dadurch abgebaut, dass Freiwillige dazukommen. Die führen ja auch keine qualifizierte Pflege durch bzw. keine qualifizierte Sozialarbeit. Die machen nicht das, was eine ausgebildete Erzieherin oder ein Erzieher in der Kita tut, sondern die kommen rein und betätigen sich zum Beispiel in der Hausaufgabenhilfe für geflüchtete Kinder, was die Mitarbeiter/-innen in einer finanzierten Flüchtlingseinrichtung bei dem Personalschlüssel nur sehr ansatzweise tun können. Die gehen in eine Kita rein und lesen mit Kindern, wo es für mich relativ normal war, dass mein Kind in der zweiten Grundschulklasse schon eine ganze Menge selbst lesen konnte, ich aber, wenn ich in eine Kita von uns nach Neukölln gehe, ein ganz anderes Bild habe, wenn ich sehe, was für ein Sprachverständnis da ist. Trotz des Berliner Sprachlernetagebuchs schaffen es die Erzieher/-innen nicht in dem wünschenswerten Maß, die unterschiedlichen Startpositionen zu kompensieren. Da helfen Freiwillige. Sie ersetzen aber keine hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen. So können Sie noch Tausend andere Beispiele finden, über Computerkurse für Menschen mit Behinderung oder wenn Menschen einmal in der Woche eine alte Dame oder einen alten Herrn im Pflegeheim besuchen, ihm oder ihr einfach aus der Zeitung vorlesen oder mit ihnen spielen. Das ist das, was im Personalschlüssel eines Pflegewohnheims nur verschwindend gering und nicht in dem Umfang möglich ist, wie es menschlich wünschenswert wäre – das tun Freiwillige.

Die Freiwilligendienste, aber das hat schon Erwähnung gefunden, sind oftmals bei jüngeren Menschen eine Orientierungsmöglichkeit, und dafür sind wir sehr dankbar. Wir beginnen oftmals schon mit dem Schülerengagement, also noch weit davor, um jungen Menschen erst mal Berufe aufzuzeigen, die es in diesem Sektor gibt, und diese Ressource bei dem uns ständig mehr quälenden Fachkräftemangel zu nutzen, dass dann Menschen von der Freiwilligentätigkeit auch in eine Ausbildung gehen und wir später wieder die Fachkräfte kriegen, die wir dringend brauchen.

Dann noch zu der Idee von Frau Radziwill: Das finde ich ganz wunderbar, dass Sie bei dem Thema, wo ich in Anführungszeichen gesprochen habe – Evaluation durch Freiwillige – gleich analog an das nueva-Projekt im Behindertenbereich denken. Ja, ich glaube, da müsste man miteinander weiterfantasieren, wie das praktisch funktionieren könnte. Wir haben eine Feedbackkultur in unserem trägerinternen Freiwilligenmanagement von Menschen, die sich engagieren. Da gibt es Rückmeldeformate, die wir auch nutzen, aber die sind natürlich nicht mit anderen standardisiert, sondern die sind trägerbezogen. Man könnte aber natürlich auch über die bezirklichen Freiwilligenagenturen gucken, welche Rückmeldeformate man dort institutionalisiert.

Zu der letzten Frage, wie das vernetzt ist: Ich glaube, dass es eine gute Sache ist, wenn es jeweils in einem Bezirksamt eine zentrale Stelle gibt, wo sich jemand seitens des Bezirksamtes um das Freiwilligenmanagement in einem Bezirk kümmert. Ich kann nur sagen, dass es dort,

wo die Freiwilligenagenturen bisher aus bezirklichen Mitteln – in Treptow-Köpenick und in Lichtenberg – eingerichtet worden sind, einen sehr engen Austausch mit den Bezirksämtern gibt, was ich als gut funktionierend bezeichnen würde.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Dr. Gollbach, bitte!

Dr. Jochen Gollbach (FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf; Leiter): Vielen Dank für die spannenden Fragen! – Vielleicht zuerst zu Frau Radziwill. Die LAGFA gibt es in diesem Jahr seit 20 Jahren, und das ist ja schon mal was. Die Idee war von Anfang an, das als kollektionalen Zusammenschluss zu definieren. Das hat auch funktioniert. Es gab Projekte der LAGFA, die dankenswerterweise über die Landesfreiwilligenagentur betreut und abgebildet wurden. Ich bin ein Sprecher der LAGFA, und wir prüfen gerade, welche Rechtsform gut für so eine LAGFA wäre. Wir kennen es aus anderen Bundesländern, dort ist es in aller Regel ein eingetragener Verein. In Hamburg ist die Konstruktion noch mal anders. Das schauen wir uns gerade an, um dann zu gucken, was hier in Berlin funktioniert.

Zur Frage der Begleitung neuer oder zu entwickelnder Freiwilligenagenturen: Es gibt die Idee, dass kleinere Agenturen, die mit der Finanzierung die Chance haben, größer zu werden, durch bereits große Agenturen in einer Art Huckepackprinzip mit aufgebaut werden. Ich glaube schon, dass die letzten fünf Agenturen, die gegründet wurden, gut sind. Die haben ein gutes Dienstleistungsangebot, und da muss zum Beispiel der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf nicht das Rad neu erfinden, sondern kann sich angucken, was es schon gibt. Die Freiwilligenagenturen, die gut entwickelt sind, sind hundertprozentig gern bereit, da zu unterstützen.

Zur Frage des Strukturwandels in der Freiwilligenarbeit: Meine zwei Vorredner waren da so sehr klar – freiwillige Arbeit ersetze keine Erwerbsarbeit. Wir haben die Diskussion in der Freiwilligenagentur praktisch jeden Tag, weil wir jeden Tag gucken müssen, wenn neue Angebote reinkommen, was das eigentlich ist. Als ein schönes Beispiel will ich benennen: Es war vor Kurzem in der Presse, dass die FIFA Volunteers für die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar, glaube ich, sucht. Großer Aufschrei: Das ist eine kommerzielle Veranstaltung! – Riesenproteste. Gleichzeitig weiß ich aber: Wenn ich morgen eine Anzeige in die „Berliner Woche“ setze: Ich suche Volunteers für die Fußball-Weltmeisterschaft – ich weiß nicht, wann die ist –, bei freier Verpflegung, freier Unterkunft, und die Reisekosten werden bezahlt, dann habe ich das erste Mal Dreierreihen vor der Freiwilligenagentur stehen. – In dem Spannungsfeld bewegen wir uns tatsächlich und müssen jeden Tag neu überlegen, wie das für uns zusammengeht. Da ist, finde ich, keine einfache Antwort möglich.

Herrn Schlömer möchte ich gern die Frage beantworten, wer von der Senatsförderung profitiert: Alle natürlich. Die kleinen Agenturen, die es jetzt gibt, die zu entwickeln sind, vor allem dadurch, dass erst mal eine Infrastruktur geschaffen werden kann, wo Räume fest da sind, wo Personal fest angestellt ist, denn das braucht es schon. Die großen, die es schon gibt, können sich noch anderen Engagementfeldern zuwenden. Wir als Freiwilligenagentur gehören zu den sogenannten großen, wir haben vom Bezirk eine Förderung von 100 000 Euro im Jahr, haben im letzten Jahr ungefähr 130 000 Euro Drittmittel eingeworben, und die Idee ist, mit der zusätzlichen Finanzierung, die kommt, vor allem zwei Projekte anzugehen, nämlich diesen Volunteers-Gedanken noch mal weiterzuentwickeln, uns aber auch das Thema Unternehmen-

agement anzuschauen, denn da sind wir im Moment wegen der fehlenden Ressourcen einfach schwach.

Zur Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern: Das funktioniert bei uns im Bezirk ganz wunderbar. Wir haben einen kurzen Draht zur Bürgermeisterin, wo wir angesiedelt sind – alles gut.

Zu dem Thema bezirklicher Beauftragter für bürgerschaftliches Engagement: Da ist nach meinem Wissen noch nicht viel entwickelt, aber da sind wir mit Frau Pohle im Gespräch, um zu gucken, wo Schnittstellen geschaffen werden können, dass man keine Doppelarbeit macht, dass der oder die Beauftragte nicht den Anspruch hat, die Freiwilligenagentur ersetzen zu wollen. Da sind wir im Gespräch, und das entwickelt sich. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Frau Bikbulatova, bitte!

Aygul Bikbulatova (Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen Berlin – IKMO –; Projektmanagerin): Ich bedanke mich für die Fragen und positiven Rückmeldungen! Ich habe mich gefreut, dass sowohl das Positive am Bundesfreiwilligendienst angekommen ist, die Potenziale und Synergieeffekte, aber auch die Gefahr, die uns erwartet, wenn das, was wir befürchten, kommt, wenn man das Sonderkontingent per Gesetzesänderung oder wie auch immer auslaufen lässt und nichts dagegen macht.

Vielen Dank für die Anregungen zur Zusammenarbeit mit dem Landesnetzwerk! Wir können uns gern mit Herrn Baur unterhalten.

Was die Evaluation anbetrifft: Wir evaluieren unsere Seminare. Wir lassen Freiwillige schriftlich evaluieren, wir lassen Einsatzorte schriftlich evaluieren, und wir haben vor, später die Abgänge abzufragen: Was ist mit den Leuten passiert? Wie würden sie hinterher den BFD und den Wert, die Rolle für sich beschreiben?

Zur Frage von Frau Klein zur Arbeitsmarktneutralität: Die ist bei unseren migrantischen Organisationen leider schon dadurch gegeben, dass sie kein Geld für die Stellen haben. Klar wäre es schön, wenn sie auf anderweitigen Wegen normale Stellenfinanzierungen bekommen würden, aber ich fürchte, dass, wenn sie ein, zwei Stellen zusätzlich finanziert bekommen würden, was schön wäre, sie trotzdem Bedarf an noch mal fünf bis zehn Freiwilligen hätten. Die Menschen arbeiten in migrantischen Organisationen ständig am Burnout-Limit. Da ist noch sehr viel Bedarf. Deswegen ist die Frage der Arbeitsmarktneutralität aus meiner Sicht beim BFD nicht relevant, und es wäre umgekehrt ein Schlag in den Rücken, wenn man mit diesem guten Gedanken, dass man die Erwerbsarbeit nicht durch den BFD ersetzt, dem BFD Hindernisse in den Weg legen würde, was in den letzten Jahren in der Diskussion war.

Zur Frage von Herrn Schlömer: Vielen Dank! Unsere Empfehlung ist ganz klar: Ideal wäre, das Sonderkontingent würde einfach weiter verlängert werden, weil der Bedarf, durch den das Sonderkontingent überhaupt ins Leben gerufen worden ist, da ist. Wenn das aus welchen Gründen auch immer doch scheitert, wäre es wichtig, dass das Land Berlin für die Sicherstellung der kommunalen Kontingente kämpft – Ansprechpartner dafür wäre zum Beispiel Dr. Steegmans im Familienministerium – und die Finanzierung weiterhin sichergestellt wird, weil kleine und mittlere migrantische und nichtmigrantische Organisationen eindeutig aus

dem BFD ausgeschlossen sind, aus dieser Möglichkeit, längerfristig Freiwillige für sich zu engagieren, weil diese Verwaltungsgebühr von 100 Euro pro Monat pro Freiwilligem, wie klein die einem auch erscheinen mag, für sie nicht tragbar ist. – Das war es von meiner Seite.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! Ihre Präsentation geht mit in das Protokoll ein, sodass auch die Dinge, die jetzt nicht noch mal nachgefragt worden sind, für uns auf jeden Fall zugänglich sind. Vielen Dank dafür! – Herr Baur!

Tobias Baur (Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“; Mitglied des Sprecherats): Auch von mir vielen Dank für die spannenden Fragen! Ich nutze die Chance und werde etwas strategischer. Es ist klar, die Vorgaben der Koalitionsvereinbarung liegen auf dem Tisch. Es ist jetzt die Frage der Umsetzung, und man hört: Es wird überall gedacht, gemacht und getan. Ich gestatte mir, aus früherer Sicht der Geschäftsführung der bagfa zwei, drei Anmerkungen: Natürlich sind wir im Gespräch. Es gibt einen losen Zusammenschluss mit Ab- und-zu-Treffen, der sogenannte Rat der Engagementnetzwerke. Das sind neben dem Landesnetzwerk Bürgerengagement auch die Landesfreiwilligenagentur mit ihrem landesweiten Arbeitsauftrag und auch die LAGFA. Selbstverständlich haben wir uns auch gedacht: Wie können wir es sicherstellen, den fachlichen Stand zu halten, aber auch nicht neue und noch mal neue Institutionen zu öffnen? – In der Tat wäre Hamburg vielleicht ein gutes Modell. Wir sind da im Gespräch. Wir sind, weil auch Hamburg ein Stadtstaat ist mit ähnlichen Problemlagen wie die Metropole Berlin, im regelmäßigen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Dort wird das über Facharbeitskreise gestaltet, die dann aber auch in den Strukturen des Landesnetzwerks, die dort AKTIVOLI heißen, nicht nur mitreden, sondern auch mitbestimmen können und so fachlich verschränkt sind, um die Qualität halten zu können.

Ich denke als Verwaltungswissenschaftler auch: Es wird nicht ein Einheitsmodell eines Typus Freiwilligenagentur für alle Bezirke geben können. Sie alle wissen aus Ihren Wahlbezirken schon, wie unterschiedlich Berlin aufgestellt sein kann – unterschiedliche Entwicklungsgeschichten, ganz alte Freiwilligenagenturen, junge, kleine, die jetzt natürlich auch gehalten werden sollen. Das gehört fachlich begleitet, und wir sind gern bereit, den Diskurs mitzutragen. Jochen Gollbach hat mal den Begriff Kunstrat erfunden für diesen Rat der Engagementnetzwerke. Das könnte man verfestigen, aber da sind wir im Gespräch und werden das auch weitertragen.

Zweitens, ganz wichtig, in verschiedenen Stellungnahmen und Kommentaren gehört: Es geht darum, neue Engagementpotenziale zu heben, nicht nur im Strukturwandel des Engagements. Bisher ist Engagement eher eine Mittelschichtveranstaltung. Es hat einen Mittelstandsbauch. Es fehlen da Personen. Eine Forschungsarbeit am Institut von Prof. Walter hieß mal: Wo ist die Unterschicht im Engagement? Was braucht es eigentlich, um Menschen, die im Engagement nicht so stark vertreten sind, beteiligen zu können, Menschen mit Behinderung, arme Menschen, armutsgefährdete Menschen? – Kommende Woche habe ich als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Engagement und soziale Gerechtigkeit im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement eine Kollegin zu Gast, die eine Arbeit über alleinerziehende Mütter im Engagement geschrieben hat mit Perspektive Baden-Württemberg. Da können wir sicher noch einiges lernen. Da sind natürlich auch alle angesprochenen fälligen, inklusiven Öffnungen des Engagements vonnöten, auch unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe und der Berechtigung, des Menschenrechts, des Bürgerrechts, ein Engagement ausüben zu dürfen. Da versuchen wir, auch aus Perspektive des Landesnetzwerks fachliche Hinweise zu geben.

Drittens – das führe ich jetzt nicht weiter aus, das ist aber von allen genannt worden: Es geht natürlich darum, die Qualität zu heben.

Jetzt zu einigen einzelnen Anmerkungen – Demokratietag: Ich finde es schön, dass von mehreren Seiten das Echo kam. Dann sollten wir es machen, aber natürlich die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an beteiligen.

Zur Frage von Frau Klein: Vielen Dank! Das ist das alte Spannungsverhältnis: Engagement und Hauptamt. Letztes Jahr hatte der Pflegerat eine Sonderveranstaltung zu dem Thema Engagement und vermutete oder befürchtete Verdrängungswirkungen. Es ist immer eine schwierige Grenzziehung, denke ich. Ich kann es aus Sicht der Mobilitätshilfedienste des Landes sagen, die ich im Hauptamt koordinierend betreue. Die haben derzeit nur noch 160 Freiwillige – die das mit Begeisterung machen. Das ist aus verschiedenen Gründen eine sehr geeignete Arbeit für ein Engagement, auch wenn man nur wenige Stunden in der Woche oder im Monat zur Verfügung hat. Ganz viele konnten aber durch die Initiative der Regierung fest eingestellt werden, weil es im Haushalt einen ordentlichen Aufwuchs gab, mehr als eine Verdopplung zum letzten Doppelhaushalt und davor schon mal, sodass über 100 Personen fest eingestellt werden konnten, die großteils aber aus dem Reservoir der Freiwilligen kamen, die früher da schon mal gearbeitet haben, vielleicht auch arbeitsmarktfinanziert, und jetzt eine sehr erfüllende und auch ordentlich bezahlte Arbeit ausüben. Es gibt, wie es schon gesagt wurde, also auch Qualifizierungsgelegenheiten über das Engagement: Kann ich das überhaupt? Kann ich mir das zutrauen, mit Menschen, sei es zum Beispiel in einem Hospiz, zu arbeiten? Es gibt ja auch ganz schwierige, menschlich ganz schwierige Felder, die dennoch glücklich begleitet werden können. Ich denke, da bietet das Engagement eher Chancen, aber es gilt, das fachlich und auch kritisch zu betrachten. Das ist ebenfalls eine Aufgabe des Verbundes, das kann die einzelne Organisation vielleicht nicht.

Herr Schlömer! Zum Unterschied von Open Government und Open Governance: Open Governance ist das Steuerungselement. Das ist für den Verwaltungswissenschaftler nichts Neues. Natürlich wollen wir das möglichst offen und auch plural mitgestalten, aber auch mitreden können. Vieles wird derzeit noch auf Regierungsebene besprochen. Wir sind bereit, da auch fachlich zu begleiten. Open Government: Die Humanistische Union hat 1979 erstmals ein Informationsfreiheitsgesetz verlangt. Klar ist auch: Offene Informationen, offene Verfahren gehören dazu. Das ist jetzt besonders instruktiv in Baden-Württemberg zu beobachten. Die haben verschiedene Verfahrensstufen. Ich fange ganz vorn an: Heidelberg hat eine Vorhabensplanung entwickelt, wo ein neutrales Instrument geschaffen wurde, bereits erste Überlegungen der Verwaltung, das, wenn es sich ein bisschen konkretisiert, dann auch zur Diskussion zu stellen; dann Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung auf allen Stufen. Das kann man zum Beispiel flächenbezogen in Mannheim sehen, wo frühere Armeegelände der kanadischen und der US-Armee in Konversion zusammen mit Anwohnerinnen und Anwohnern beplant wurden. Also, es gibt tolle Beispiele, und da ist eben – ich habe es nur angedeutet – der Überblick über die Entwicklungen in allen anderen Bundesländern wichtig. Übrigens auch jenseits der Bundesgrenzen, auch in der Schweiz und in Österreich passieren spannende Dinge. Vieles haben wir überhaupt erst von den Holländern gelernt; Freiwilligenagenturen und Ähnliches wurden zuerst an der Nordküste entwickelt. Das versuchen wir zu halten, das können wir aber mit unseren Ressourcen nicht schaffen. Alle, die im Netzwerk beschäftigt und engagiert sind, haben noch eine Entsendeorganisation, für die sie streiten und kämpfen müssen. Das ist ei-

gentlich schon Arbeit, die hauptamtliche Arbeit sein sollte. Es gibt jetzt einen Facharbeitskreis im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Der tagt diese Woche. Frau Vorsitzende hat letztes Mal ein Grußwort gesprochen. Das ist das Forum der Landesnetzwerke. Da tauscht man sich aus und versucht, mit den unterschiedlichen Kulturen der Landespolitik, die es ja gibt – wir haben die süddeutsche Ratsverfassung mit direkt gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, wir haben Metropolen wie Berlin oder Hamburg oder Bremen; das sind ganz andere Herangehensweisen – die Qualitätsstandards zu übernehmen, wo es geht.

Herr Standfuß, danke schön! Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist auf Bundesebene entwickelt worden. Die Wohlfahrtsverbände wollten klare Grenzen. Nicht aus Konkurrenzdenken, Neid oder so etwas, sondern das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat sich auf Bundesebene einfach aus politischer Rücksicht gegenüber den zahlreichen Mitgliedern gegründet. Zuvor im Bundesnetzwerk beteiligte Organisationen sind dort rausgegangen in das neue Bündnis für Gemeinnützigkeit – das war schon vor etwa zehn Jahren –, und auch das Bundesnetzwerk ist als Mitglied drin, um den Fachdiskurs zu halten. Das ist also nicht konkurrenzhaft zu sehen, aber in den anderen Bundesländern sehe ich nur wenig Beteiligung der Verbände und auch der großen landesweiten Trägervereine und -verbände wie Unionhilfswerk, Volkssolidarität und andere. Das ist selten, und das ist eine Chance für Berlin, um es ganz klar zu sagen. Das sind die Träger, die Dienstleister im Bereich des Sozialen. Das ist ein Bereich, der wirtschaftlich gesehen vielleicht mit dem der Bauindustrie zu vergleichen ist. Etwa 10 Prozent der Bevölkerung arbeiten in diesen Bereichen. Das sind wichtige Arbeitgeber- und Arbeitnehmer/-innenbereiche, sodass wir hier eine gute Chance haben. Jetzt wird es auch darauf ankommen, wie man die glücklichen Regelungen in der Koalitionsvereinbarung übernehmen und zum Tragen bringen kann. Aber ich denke, den Diskurs, den wir mit versierten Trägerinnen und Trägern sehen werden, mit alten, neuen, mit den Fachkompetenzen der LAGFA, der Landesfreiwilligenagenturen und auch des Landesnetzwerks, den werden wir in bewährter Weise – wir kennen uns seit vielen Jahren – zum Tragen bringen.

Eine letzte Bemerkung: Lob tut gut, aber bitte nicht nur Anerkennung! Das hören wir immer wieder. Es ist eine Stufe erreicht, wo wir um einen Professionalisierungsgrad nicht mehr herumkommen. Wir brauchen handfeste Unterstützung, und das bedeutet eben auch Ressourcen. Es ist natürlich langweilig, dass die Sozialverbände immer nach Ressourcen jammern, aber bis jetzt haben wir im Grunde wenig in Anspruch genommen. Ich denke, im Interesse einer wachsenden Engagementlandschaft, in einer wachsenden Metropole sollte man sich vielleicht auf ein bisschen professionellere Unterstützung verständigen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann möchte ich dem Senat die Möglichkeit zur Stellungnahme geben. – Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl): Vielen Dank auch von mir für die Ausführungen und die Einblicke in Ihre Arbeit! Das war sehr wertvoll. – Ich würde mich auf zwei, drei Punkte konzentrieren wollen, und zwar einmal auf das Thema Freiwilligenagenturen, weil wir den Auftrag haben, flächendeckend dafür zu sorgen, dass Freiwilligenagenturen aufgebaut werden. Ich sehe darin, ehrlich gesagt, einen zentralen Baustein der Engagementlandschaft und einen Fortschritt. Ich kann vieles, was Sie gesagt haben, unterstreichen. Als jemand, der das jetzt anderthalb Jahre als Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement begleitet, finde ich schon, dass wir in einigen Fragen noch Luft nach oben haben, in anderen Bereichen

aber auch weitergekommen sind. Was die Landesfreiwilligenagentur angeht, ist das ein solcher Bereich.

Sie, Herr Baur, haben auf die Vielfalt der Engagementlandschaft hingewiesen, auch bei dem Thema Freiwilligenagenturen. Ja, das ist so. Neukölln, Lichtenberg oder Marzahn-Hellersdorf – schon da haben wir unterschiedliche Konzeptionen, und das ist in anderen Bezirken auch so. Das heißt, die größte Herausforderung wird sein, die Vielfalt zu erhalten, aber doch ein Modell zu schaffen, das unser aller Anspruch gerecht wird. Wir werden uns da an dem Bundesmodell orientieren. Es gab ein erstes Gespräch im März, glaube ich, mit LAGFA, bagfa und der Liga der Wohlfahrtsverbände, wo wir die ersten Ideen auf Bundesebene ausgetauscht haben. Wir sind jedenfalls jetzt ganz konkret dabei – das ist die Antwort auf Ihre Frage, Frau Vorsitzende –, die Förderrichtlinien so weit fertigzustellen, dass wir sie bis zur nächsten Sitzung dieses Ausschusses – ich glaube, das wäre im September – finalisiert haben und dann auch an den Start gehen können. Ich bin sicher, dass wir mit diesem Ansatz die existierenden Landesfreiwilligenagenturen nachhaltig stärken und da, wo es Bedarf gibt, werden aufbauen können und die Förderrichtlinien dann auch konkret am Bedarf orientiert formulieren.

Zum Thema Freiwilligenbörse: Ich finde, das ist etwas, was in der Engagementlandschaft nicht fehlen darf. Ich habe das jetzt zwei Mal mitgemacht, und ich kann die Frage zu dem 50-Euro-Marktplatzstand selber nicht beantworten. Aber ich habe zumindest in meinen Gesprächen mit den Verantwortlichen – u. a. mit Ihnen, Frau Schaaf-Derichs, die Sie im Raum sitzen – noch nichts von einem Dissens vernommen, der nicht irgendwie gelöst werden konnte. Also wenn es da Härtefälle gibt, bitte ich um Unterrichtung, dann schaut man sich das an und guckt, wie man da zu einer Lösung findet.

Das Thema Engagementstrategie wurde mehrfach angesprochen. Auch das ist ein Thema, das wir in der Pipeline haben, wo ich Ihnen aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Zeitplan geben kann. Auf jeden Fall müssen wir auch bei dem Thema das Rad nicht neu erfinden. Es gibt so viele gute Beispiele, auf die man zurückgreifen kann, die man sich näher anschauen muss, und da können wir auch gemeinsam Ressourcen sparen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden Sie jedenfalls bei der Entwicklung der Engagementstrategie natürlich einbinden. – Jetzt würde ich das Wort an den Kollegen Licht von der Senatsverwaltung für Integration geben, der ganz konkret weitere Fragen beantworten kann.

Klaus-Peter Licht (SenIntArbSoz): Vielen Dank! – Ich werde versuchen, kurz noch ein paar Sachen zu ergänzen und ein paar Fragen zu beantworten. Zum einen statistische Zahlen zum Bundesfreiwilligendienst: In Berlin sind ca. 1 700 Menschen im BFD tätig. Herr Steinke hat schon darauf hingewiesen, dass sie auch über 27 Jahre alt sein können. Das ist vielleicht ganz interessant: Ungefähr die Hälfte sind über 27 Jahre. 22 sind sogar älter als 65 Jahre, Stand Mai 2018.

Der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug war auch für uns, für das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und für die Integrationsverwaltung eine sehr spannende Änderung, weil wir selbst damit tätig wurden im Bundesfreiwilligendienst. Es gab, das müssen wir ehrlich sagen, Anlaufschwierigkeiten. Dank der Unterstützung vom Club Dialog u. a. ist es uns gelungen, dass wir das heute als Erfolgsmodell sehen. Es läuft wirklich gut bis sehr gut. Nun entscheiden nicht wir, sondern das Bundesministerium über die Verlängerung. Es ist rechtlich so, dass der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug – BFDmF – bis 31. Dezember 2018 befristet ist. Es gab eine Entscheidung der Integrationsminister, da wurde mit 16 zu 0 Stimmen dafür votiert, dass er weiterlaufen soll. Das Bundesministerium wird es nicht weiterlaufen lassen, vielmehr läuft das zum 31. Dezember aus. Das heißt, Verträge können bis dahin noch abgeschlossen werden, die dann in 2019 noch laufen könnten. Das ist bedauerlich, weil wir, ähnlich, wie Sie es auch dargestellt haben, vor allem diese Entsendemöglichkeit sehr positiv finden, dass also nicht jeder Einsatzort sich selbst registrieren lassen muss. Das wird so nicht mehr möglich sein ab 1. Januar 2019. Es müsste sich also tatsächlich jede Unterkunft für Geflüchtete selbst registrieren lassen. Das ist bedauerlich. Was übernommen werden soll, womöglich sogar auch in andere Freiwilligendienstformate, ist die Teilzeitmöglichkeit.

Die Frage nach der Kostenneutralität für die Einsatzorte: Es war nicht ganz unumstritten, auch in der Szene, dass wir das sozusagen mit dem kommunalen Kontingent anbieten und andere Träger das nicht machen können. Das ist natürlich eine Frage der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Was können wir ab 2019 machen? – Wir könnten normal Einsatzstellen beantragen, die dann wie die anderen Bundesfreiwilligendienststellen auch sind. Wir bräuchten natürlich Haushaltsmittel, um das kostenneutral zu machen.

Vielleicht ein kurzer Hinweis: Es gibt von ICJA e. V. über eine Klassenlotterieförderung schon seit mehreren Jahren ein Projekt, das sich speziell mit dem Thema geflüchtete Menschen mit Migrationshintergrund im Bundesfreiwilligendienst beschäftigt. – So weit zum BFD.

Ich möchte noch etwas zu den Fahrkarten sagen; vielleicht ein kurzer Einschub. Engagementpolitisch finden wir es sehr begrüßenswert, wenn es diese Fahrkarten gäbe. Es ist natürlich eine Frage der Haushaltsmittel. Ich möchte allerdings zwei Hinweise geben: Wenn man die Karten „Freiwilligenticket“ nennt, fallen mir all die anderen Engagierten ein, die die Möglichkeit nicht haben. Daher wäre eine Empfehlung, wenn, das doch einzubeziehen in die Diskussion Ehrenamtskarte als Fahrschein, dass man das also nicht alleine, sondern gemeinsam betrachtet.

Das Zweite ist: Natürlich ist das Taschengeld nicht hoch, aber nicht jeder Freiwillige muss nur von dem Taschengeld leben. Das ist auch abhängig von Elterneinkommen, Familieneinkommen, Wohnsituation. – Es gibt ja auch das Sozialticket S, das sie in Anspruch nehmen könnten. Also das ist eine Diskussion, die man da führen sollte.

Zum Landesnetzwerk LAGFA und der Förderung: Heute wurde es wenig erwähnt, aber ich glaube, in der ersten Ausschusssitzung hatten wir eine Anhörung der Landesfreiwilligenagentur. Ich will sie noch mal kurz in den Mittelpunkt stellen, denn wir haben da eine Struktur, die wir schon langfristig fördern und die beispielgebend und in der Engagementszene auch weit über Berlin hinaus akzeptiert ist. Ich denke, auch das Landesnetzwerk und die LAGFA gäbe es vielleicht nicht ohne diese Unterstützung. Wir verstehen das so: Wir fördern die Landesfreiwilligenagentur aus unserer Sicht auskömmlich – das sieht die Landesfreiwilligenagentur vielleicht ein bisschen anders, eher knapp – und mit der Idee, dass sie damit auch diese Geschäftsstellenfunktion übernimmt und in der Vergangenheit übernommen hat. Ob das ausreichend ist, ist eine Diskussion, die wir heute und in der Zukunft führen müssen, natürlich auch abhängig von der neuen Struktur. Wenn wir zukünftig Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbeauftragte in allen Bezirken haben, verändert sich ja das gesamte Gefüge noch mal deutlich hin zu dem, was wir vor dem letzten Jahr in der Stadt hatten. Das wäre für mich auch ein interessantes Thema für die Diskussion zur Engagementstrategie. Auch fördern wir sozusagen nur das eine Netzwerk – gibt es vielleicht noch andere Engagementnetzwerke, die dann einen ähnlichen Anspruch stellen könnten? – Das, finde ich, gehört mit in diese Diskussion. Aber wir beobachten natürlich mit Interesse, was sich da entwickelt, auch mit der LAGFA. Wir teilen die Einschätzung, auch wenn wir nicht direkt zuständig sind, dass es auf jeden Fall so einen Pool oberhalb der einzelnen Freiwilligenagenturen geben muss, der die Dinge sammelt und weiterentwickelt, damit sie sich ähnlich entwickeln und es Qualitätsstandards gibt. – Das wäre aus meiner Sicht alles.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Licht! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann danke ich den Anzuhörenden ganz herzlich, dass Sie hier waren und uns viele neue Informationen geliefert haben. – [Allgemeiner Beifall] – Die Besprechung wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und wir es auswerten können.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.